

Fin 128
28.12.61

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
SFB, Riehentorstr. 27
Postfach, 4001 Basel

46. Jahrgang
Nr. 3 – 2023
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Schweizer Soldaten im Kosovo	2
Getreideabkommen ausgelaufen	3
Atomkraft, Uran und Kriege	4
Unbekannter Konflikt: Westsahara	5
Respekt zwischen Staaten	6
Landraub in der Ukraine	7
Vor 50 Jahren: Putsch in Chile	8



Aktion von SFB-Aktivist:innen vor dem Bundeshaus in Bern gegen Atomwaffen.

Nie wieder Hiroshima! Nie wieder Nagasaki!

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Durch den Ukraine-Krieg ist die Gefahr eines Atomkriegs wieder deutlich angestiegen. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB macht mit der Petition «Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!» auf die brandgefährliche Situation aufmerksam. Sie fordert den Bundesrat auf, schnellstens den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterschreiben. Unterstützt wird das Anliegen von einem breiten Kreis aus Erstunterzeichner:innen aus allen Teilen der Gesellschaft.

Von Tarek Idri

Robert Oppenheimer, der «Vater der Atombombe», verglich die Weltsituation vor siebzig Jahren mit zwei Skorpionen in einer Flasche. Beide Skorpione seien in der Lage, den anderen mit einem giftigen Stich zu töten, aber nicht ohne dabei selbst gestochen und getötet zu werden. Mittlerweile stehen sich nicht mehr bloss die Atom-mächte USA und Sowjetunion in der Flasche gegenüber, es sind deutlich mehr Skorpione dazugekommen, und jeder von ihnen ist fähig, mit seinem atomaren Stachel grosses Unheil anzurichten.

Die Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung ist im vergangenen Jahr wieder besonders akut geworden. Der Ukraine-Krieg hat zu einer Situation geführt, in der sich atomare Grossmächte konfrontativ gegenüberstehen und den Einsatz von Atomwaffen in Betracht ziehen. Die USA haben vor Kurzem neue Atom-sprengsätze nach Europa gebracht und damit ihre Pläne der beschleunigten Aufstockung und Modernisierung des Atomwaffen-Arsenals in Europa umgesetzt. Auf der anderen Seite hat Russland seine Abschreckungskräfte in Alarmbereitschaft versetzt und plant, Atomwaffen in Belarus zu stationieren.

In dieser Situation muss deutlich gesagt werden, dass nur ein einzelner Fehltritt, ein Missverständnis notwendig ist, um eine nukleare Katastrophe auszulösen. Mit jedem weiteren Tag Krieg, mit jeder Stunde steigt das Risiko von Zwischenfällen. Beispielsweise könnte es zu einem aktiven Kriegseintritt der NATO kommen, wenn Russland in Polen oder in einem anderen NATO-Staat mit oder ohne Absicht Ziele trifft. Ein anderes Szenario wäre, wenn die Ukraine beginnen würde, systematisch das russische Kernland anzugreifen, und sich Russland gezwungen sieht, mit allen verfügbaren Waffen zurückzuschlagen.

Leere Versprechen

Für die Schweizerische Friedensbewegung SFB ist klar, dass es nur eine Lösung für die nukleare Bedrohung gibt: das Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen. Der Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) ist ein konkreter Schritt in Richtung einer friedlicheren Welt ohne die Gefahr eines atomaren Vernichtungskriegs. Mit dem TPNW hat die UNO beschlossen, alle Arten von Atomwaffen, ihre Produktion, Lagerung, den Handel und die Finanzierung zu verbieten. Es

handelt sich um ein wirkungsvolles normatives Mittel zur Ächtung von Nuklearwaffen, das den Druck auf die Atom-mächte verstärken würde, sich für die Abrüstung zu engagieren.

Sowohl Ständerat wie auch Nationalrat haben schon vor Jahren entschieden, den TPNW zu unterstützen. Der Bundesrat wurde von ihnen aufgefordert, den Vertrag «unverzüglich» zu ratifizieren, weigert sich jedoch bis heute, dieser Aufforderung nachzukommen. Letztes Jahr erklärte Bundesrat Ignazio Cassis öffentlich, im Frühling 2023 soll der Atomwaffenverbotsvertrag neu geprüft werden: Wieder ein leeres Versprechen.

Angesichts der Untätigkeit des Bundesrats braucht es Druck von unten, aus der Bevölkerung. Mit der Petition «Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!» wird der Bundesrat aufgefordert, «unverzüglich dem UNO-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten und sich aktiv für das Verbot und die Vernichtung von Atomwaffen einzusetzen».

Druck der NATO

Die aktuelle Schweizer Regierung ist eine Regierung im Dienste der Rüstungslobby. Sie hat ein massives Aufrüstungsprogramm beschlossen, sie hat auf undemokratische Weise über-teuerte Kampffjets angeschafft und sie versucht, die Schweiz möglichst nahe an das NATO-Kriegsbündnis anzugliedern. Das Verhältnis zur NATO ist auch der Hauptgrund, weshalb der Bundesrat die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags verweigert. Im Bericht des Bundesrats von

Fortsetzung Seite 2

Nein zu Sky Shield!

Bundesrätin Viola Amherd hat beschlossen, dass die Schweiz dem NATO-Projekt Sky Shield beitreten soll. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB kritisiert diesen kriegstreiberischen Entscheid scharf, der die Neutralität der Schweiz weiter unterhöhlt, und fordert den Rücktritt von Amherd.

Die Annäherung an die NATO wird von Viola Amherd mit Biegen und Brechen forciert. Nach dem undemokratischen Kauf der F-35-Kampffjets, die nur im Austausch mit den USA eingesetzt werden können, der Weigerung den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, welcher der NATO ein Dorn im Auge ist, und der Ankündigung, in Zukunft gemeinsame Militärmanöver mit der NATO durchzuführen, kommt ein weiterer Schlag gegen die Neutralität der Schweiz: Im Juli unterschrieb Amherd eine Absichtserklärung, um dem Kooperationsbündnis Sky Shield beizutreten. Bei Sky Shield handelt es sich um ein NATO-Projekt im Bereich der Flugabwehr, welches in Europa aufgebaut wird und explizit gegen Russland ausgerichtet ist. Mehrere europäische NATO-Staaten und bald auch die Schweiz planen, mit Militärtechnologie aus den USA und Israel ein gemeinsames Raketenschild zu schaffen. Ziel sind «Synergien» auf verschiedenen Ebenen, unter anderem militärischer Datenaustausch und Kooperation bei Angriffen auf den Flugraum der Sky-Shield-Länder. Neutrale Länder wie die Schweiz und Österreich sollen mittels Sky Shield nahtlos in die militärischen Strukturen der NATO integriert werden.

Keine NATO-Kooperation!

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB stellt sich ganz klar gegen jede weitere Annäherung oder Koope-

ration mit der NATO. Die NATO ist ein Kriegsbündnis, das in der Vergangenheit völkerrechtswidrige Kriege gegen Jugoslawien, Libyen und andere Länder vom Zaun gebrochen hat und massgeblich an der Eskalation des Ukraine-Konflikts beteiligt gewesen ist.

Der undemokratische Entscheid von Amherd, bei dem das Parlament und die Bevölkerung nicht mitentscheiden konnten, ist auch eine eindeutige militärische Positionierung gegen Russland. Der Raketenschild ist gegen niemand anderen als Russland gerichtet. Mit der Eingliederung in das «Sky Shield»-Bündnis erklärt der Bundesrat sehr eindeutig, dass die Schweiz im Falle einer weiteren Eskalation des Ukraine-Kriegs nicht vermitteln oder ihre diplomatischen Dienste anbieten wird, sondern dem NATO-Block militärisch zur Seite steht.

Sky Shield bringt nicht mehr Sicherheit, sondern erhöht die Gefahr, dass die Schweiz bei internationalen Konflikten zum Ziel von Angriffen wird. Wir erinnern die Regierung daran, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen ist. Die Schweiz darf auf keinen Fall Teil der «Sky Shield Initiative» werden. Das Verhalten von Bundesrätin Amherd in den letzten Monaten ist skandalös und untragbar. Die SFB fordert den sofortigen Rücktritt der Kriegstreiberin Viola Amherd.

Schweizerische Friedensbewegung

Unsere Welt braucht deine Unterstützung!

Ohne dich keine UW!

Unsere Welt beleuchtet viermal im Jahr unabhängig, hintergründig und kritisch das Weltgeschehen abseits des Mainstreams.

Wie bei all unseren Aktivitäten sind wir von der Schweizerischen Friedensbewegung SFB dafür auf die grosszügige finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder und FriedensfreundInnen angewiesen.

Spende schnell, einfach und bequem mittels QR-Code.

Oder über folgendes Konto:
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Vielen Dank!

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel





Zusammenstösse von serbischen Bewohnern in Zvečan mit der Polizei. Quelle: zVg.

Verletzung der Neutralität

Schweizer Soldaten im Kosovo?

Nach dem Krieg im Kosovo, an dem die NATO massgeblich beteiligt war, erklärten die kosovarischen Behörden einseitig die Unabhängigkeit. Immer wieder kommt es aber noch zu Spannungen mit der serbischen Minderheit im Land, so auch kürzlich in der Stadt Zvečan. Die Eingriff von KFOR-Truppen, an denen sich auch die Schweiz militärisch beteiligt, wirft Fragen über die Schweizer Neutralität auf.

Von Stefano Araújo

Der Kosovokrieg fand zwischen 1998 und 1999 statt. In diesem Krieg kämpfte die Bundesrepublik Jugoslawien gegen die kosovarischen Unabhängigkeitskämpfer der UCK, der Kosovo-Befreiungsarmee. Die UCK, die seit 1998 von den Vereinten Nationen als terroristische Organisation eingestuft und schwerer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschuldigt wird, hatte das Ziel, die mehrheitlich von Albanern bewohnte Region Kosovo von Serbien zu trennen und einen unabhängigen kosovarischen Staat zu schaffen. Die UCK wurde im Rahmen der «Operation Allied Force», zu der auch die berühmten monatelangen Bombardierungen Belgrads und anderer serbischer und kosovarischer Orte gehörten, auch direkt von der NATO unterstützt. Nach dem Krieg und während die militärische Besetzung des Kosovo durch die NATO noch andauerte, erklärten die kosovarischen Behörden am 17. Februar 2008 einseitig die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien. Die Unabhängigkeit wurde nicht nur von Serbien, China und Russland, sondern auch von einigen EU-Ländern wie Spanien, Rumänien, der Slowakei, Griechenland und Zypern nicht anerkannt. Noch im Jahr 2021 erkannten nur 101 der 193 UN-

Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit des Kosovo an.

Schwierige Situation

Derzeit gibt es im Norden des Kosovo noch eine serbische Minderheit von etwa 100 000 Menschen, die seit Jahren mit einem heftigen Kosovo-Nationalismus konfrontiert sind, der von den Unabhängigkeitsorganen betrieben wird und ihnen Rechte sowie sozioökonomische Möglichkeiten verwehrt. Diese schwierige Situation hat die Serben wiederholt dazu veranlasst, ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen, beispielsweise durch den Boykott der Kommunal- und Regionalwahlen, bei denen nach und nach albanischstämmige Politiker auch in Gebieten mit serbischer Bevölkerungsmehrheit an die Macht kamen. Spannungen hat es schon immer gegeben, und das jüngste Kapitel ist der Fall von Zvečan im Norden des Kosovo. In dieser mehrheitlich von Serben bewohnten Stadt beschloss eine Gruppe von Demonstranten am 29. Mai 2023, den Zugang zum örtlichen Rathaus zu blockieren, um sich der Einsetzung eines albanischen Bürgermeisters zu widersetzen. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstössen zwischen der örtlichen kosovarischen Polizei und den Demonstranten, bei denen die KFOR-Truppen der NATO eingriffen. Am Ende der Ausein-

dersetzungen wurden 50 Zivilisten verletzt, und 30 italienische und ungarische KFOR-Soldaten wurden zum Eingreifen gerufen. Unter den Verletzten befanden sich keine Schweizer Soldaten.

NATO-Besatzung

Aber worum geht es bei der KFOR und warum sind keine Schweizer Soldaten unter den Verletzten? Nun, 1999, nach dem Ende des Kosovo-Krieges und dem Rückzug der serbischen Truppen aus der Region, beschlossen die NATO-Truppen trotz Protest der UNO, vor Ort zu bleiben und wurden so de facto zu einer militärischen Besatzungsmacht. Zu diesem Zweck wurde die als KFOR (Kosovo Force) bekannte militärische Truppe geschaffen. Bis 2020 beteiligen sich 27 Staaten an der KFOR mit insgesamt 3500 Soldaten, darunter auch die Schweiz mit der SWISSCOY-Mission. Die Schweiz ist mittlerweile mit 195 Personen unter direktem NATO-Kommando im Kosovo präsent, während es 2020 noch 165 waren. Es ist wichtig, zu betonen, dass es sich bei der KFOR nicht um eine UNO-Friedenstruppe handelt, wie dies bei den Blauhelmen der Fall ist, sondern um eine militärische Besatzungstruppe, die direkt den Befehlen der NATO und des westlichen Imperialismus folgt.

Grosses Risiko

Die SWISSCOY-Mission, die Beteiligung von Schweizer Soldaten im Kosovo, stellt somit eine klare Verletzung der Schweizer Neutralität dar, denn es ist die NATO, die unseren Soldaten Befehle erteilt. Zudem besteht angesichts der anhaltenden Spannungen zwischen den lokalen Behörden, den ausländischen Truppen und der serbischen Minderheit ein grosses Risiko, dass Schweizer Soldaten verletzt oder in gewaltsame Zusammenstösse verwickelt werden. Dies ist inakzeptabel und hätte schwerwiegende Folgen, auch für unsere eigene Sicherheit. Der sofortige Abzug aller Schweizer Truppen aus dem Kosovo, wie er in einer Medienmitteilung der Schweizerischen Friedensbewegung SFB gefordert wird, ist daher dringender denn je. Statt sich den Befehlen der NATO zu beugen, sollte sich die Schweiz um einen Dialog zwischen den serbischen und kosovarischen Behörden bemühen, um endlich Frieden in der Region zu schaffen und dabei auch die Rechte der serbischen Minderheit im heutigen Kosovo anzuerkennen. Dies ist nicht möglich, wenn wir unsere Neutralität aufgeben und zu Akteuren einer illegalen Besatzung werden.

La versione originale dell'articolo può essere letta in italiano su: www.friedensbewegung.ch/italiano

zweites Hiroshima und Nagasaki darf es nicht geben.

Die Petition «Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!» wird von einem breiten Kreis aus Erstunterzeichner:innen unterstützt. Unter den Unterstützer:innen befinden sich Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft, neben dem Walliser Nationalrat Christophe Clivaz und der Präsidentin von AVIVO Schweiz Christiane Jaquet-Berger unterstützen unter anderem auch Ärzt:innen, Kulturschaffende und Pfarrer:innen das Anliegen. Es zeigt, dass viele Menschen in der Schweiz die Gefahr, die von Atomwaffen ausgehen, ernst nehmen und sich für eine friedlichere Welt einsetzen wollen.

Petition unterschreiben: www.linktr.ee/friedensbewegung

Atomwaffen verbieten...

Fortsetzung von Seite 1

2018 heisst es, dass «negative politische Auswirkungen auf die Kooperation der Schweiz mit NATO-Staaten» befürchtet werden. Die Westschweizer Zeitung «Le Temps» berichtete, dass NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg direkt auf den Bundesrat Einfluss ausgeübt hat, den Atomwaffenverbotsvertrag nicht zu unterschreiben.

Breite Unterstützung

Es ist inakzeptabel, dass dem Bundesrat die Interessen der NATO und der Rüstungslobby wichtiger sind als die Sicherheit der eigenen Bevölkerung. Das dürfen wir uns nicht bieten lassen. Wir fordern: Die Schweiz muss sich der internationalen Bewegung gegen Atomwaffen anschliessen. Ein

Programm rund um den UNO-Weltfriedenstag am 21. September:

Bern

Auf die Strasse!

Unterschriften sammeln für die Petition gegen Atomwaffen, am Donnerstag, 21. September, 15 bis 18 Uhr.

1981 erklärte die UNO-Generalversammlung den 21. September zum Internationalen Tag des Friedens. Weltweit sollen an diesem Tag die Waffen ruhen. Für 2023 wählte die UNO den Slogan: «Aktionen für den Frieden.» Es ist ein internationaler Aufruf, uns individuell und kollektiv für den Frieden einzusetzen.

Am Donnerstag, 21. September werden wir von 15-18 Uhr auf dem Bahnhofplatz Bern, auf der Westseite der Heiliggeistkirche Unterschriften für die Petition sammeln und unsere Friedensanliegen auf die Strassen tragen.

Basel

Krieg heult in der Welt – die Waffen nieder!

Veranstaltung zum Weltfriedenstag in Basel am Freitag, 22. September, 19.30h.

Texte und Lieder für den Frieden
Rezitation und Gesang: Christa Weber,
Akkordeon: Anja Dolak

Vorstellen der Petition der SFB:
Nein zum Atomkrieg: Atomwaffen verbieten, jetzt!

Restaurant Rebhaus 1. Stock, Riehentorstrasse 11,
nahe Wettsteinplatz (Tram 2 vom Bahnhof)

Ab 18 Uhr gemeinsames Nachtessen im Restaurant Rebhaus
(Anmeldung fürs Essen erwünscht an: mail@friedensbewegung.ch)

Zürich

Den Atomkrieg verhindern – Frieden, jetzt!

Friedenskundgebung am 23. September, 14 Uhr, in Zürich auf dem Helvetiaplatz (Ni-Una-Menos-Platz). Mit Auftritt der Schauspielerin Christa Weber.

Der Abwurf von Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki vor rund 80 Jahren hatte grauenvolle Konsequenzen: 100 000 Menschen wurden mit einem Schlag vernichtet und unzählige Menschen mehr starben und litten und leiden bis heute unter der radioaktiven Verseuchung. Ein solches Verbrechen gegen die Menschlichkeit darf sich auf keinen Fall wiederholen.

Heute könnte der Einsatz von Atomwaffen wieder Realität werden. Der Ukraine-Krieg hat eine äusserst gefährliche Situation hervorgerufen: Mit Russland auf der einen und mit der Ukraine und dem NATO-Kriegsbündnis auf der anderen Seite stehen sich hier mit Atomwaffen ausgerüstete Grossmächte gegenüber. Jede weitere Eskalation könnte einen atomaren dritten Weltkrieg provozieren. Je länger dieser Krieg andauert, desto höher wird die Gefahr von Zwischenfällen hin zu einer atomaren Auseinandersetzung. Wir müssen uns für eine Welt einsetzen, in der Krieg, Ungerechtigkeit und Imperialismus endgültig der Vergangenheit angehören. Wir fordern:

- Sofortiger Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!
- Nein zu Waffenlieferungen!
- Atomwaffen verbieten!
- Keine Abwälzung der Kriegslasten auf die Bevölkerung!
- Schluss mit der NATO-Partnerschaft!



SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

Getreideabkommen: Lücken in der SRF-Berichterstattung

Die Russen liessen das Getreideabkommen auslaufen. Es wäre Aufgabe der Medien, dieses Verhalten zu erklären. Bei dieser Aufgabe fällt SRF einmal mehr durch.

Von Alva Noi

Am 22. Juli 2022 wurde das Getreideabkommen besiegelt, ein Jahr später ist es nun nicht mehr in Kraft. «Russland stoppt das Getreideabkommen» titelte SRF noch am gleichen Tag. Und der alte Vorwurf «Hunger als Waffe» hatte wieder Gültigkeit.

Ich fragte mich: «Welches waren die Fakten?» Es war zweifelsfrei die russische Seite, die das Getreideabkommen auslaufen liess. Es passte also ins Schema, die bösen und unberechenbaren Russen... Doch wieso liessen sie es auslaufen? Ich ging in der SRF-Berichterstattung auf Spurensuche und fand Ansätze von Erklärungen unterschiedlichster Qualität – allerdings erst nach dessen Scheitern.

Offene Fragen

Nach der Unterzeichnung des Abkommens meldete sich «SRF-Frontfrau» Luzia Tschirky bereits am 1. August 2022 mit einer Einschätzung zu Wort. Nach Monaten der Blockade hatte ein Schiff mit 26 000 Tonnen Mais den



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Quelle: Wikimedia.

Hafen von Odessa verlassen. «Die Getreideexporte sind politisches Kalkül der Russen!» war aus dem Munde der vermeintlichen SRF-Expertin zu vernehmen. Kein Wort aber darüber, dass es ein eigentlicher Deal mit einem Vorteil für beide Kriegsparteien hätte sein sollen. So denn auch die Recherche in alternativen Medien stimmen sollte – doch der Reihe nach!

Das Bild, das mir SRF zu diesem Zeitpunkt über das Getreideabkommen vermittelte: Russland blockiert den Schiffsverkehr im Schwarzen Meer, die Ukraine kann daher ihr Getreide nicht exportieren und durch die Blockade hungern Menschen, vor allem in Afrika. Das Abkommen soll nun den sicheren Schiffsverkehr aus den ukrainischen Häfen von Odessa, Tschornomorsk und Juschno regeln. Eine gute Sache also – logisch! Und die Russen konnten von der guten Sache überzeugt werden.

Doch wesentliche Fragen blieben zu diesem Zeitpunkt bei der SRF-Berichterstattung offen. Wieso willigten die Russen überhaupt ein? Was erhielten die Russen als Gegenleistung? Ich blieb mit meinen Fragen bei der Berichterstattung von SRF und der Einschätzung von Luzia Tschirky auf der Strecke und sah mich gezwungen, andere Quellen «anzuzapfen». Die Frage, was wurde eigentlich alles in diesem Abkommen geregelt, schien mir zentral.

Vom Westen hintergangen

Unverdächtig war für einmal Wikipedia. Und da fand ich dann doch schon ein paar Sätze der Differenzierung: «Es handelte sich (...) nicht um ein direktes Abkommen zwischen Russland und der Ukraine, stattdessen unterzeichnete die Ukraine ein Abkommen mit der Türkei und den Vereinten Nationen und Russland unterzeichnete ein separates «Spiegelabkommen» ebenfalls mit der Türkei und den Vereinten Nationen.» Na also, da haben wir es doch. Auch die Russen erhielten etwas. Und ein paar Zeilen weiter unten dann: «Gleichzeitig wurde (...) vereinbart, die ungehinderte Ausfuhr von russischen Lebensmitteln, Düngemitteln und Rohstoffen zu erleichtern.»

«Ungehinderte Ausfuhr erleichtern»? Was da sprachlich als Nonsens erscheint, hat doch einen tieferen Sinn. Und auch da musste ich weiter nachforschen, denn Wikipedia hörte hier mit seinen Erklärungen auf. Antworten fand ich in einem Artikel von Hannes Hofbauer, Autor des Buches «Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung».

Zitat Hofbauer: «Zu schlechter Letzt fühlte sich Russland auch noch beim Getreideabkommen hintergan-

gen. Das (...) Abkommen ist (...) von Moskau beendet worden. Als Grund dafür gab der Kreml an, dass auch nach einem Jahr der ausverhandelte beidseitige Nutzen für die russische Seite nicht gegeben sei. Zwar darf auch Russland (...) seine Fracht auf den Weltmarkt bringen, aber die dafür nötigen Finanz- und Versicherungsdienstleister bleiben durch die US- und EU-Sanktionen blockiert. Der Forderung, zumindest die russische Agrarbank Rosselchoss dem SWIFT-System wieder anzuschliessen, damit internationale Geldtransfers ungehindert stattfinden können, wurde von westlicher Seite nicht nachgegeben. Auch darf aufgrund der Sanktionen keiner der grossen international tätigen Versicherer eine Fracht mit russischen Gütern versichern.»

Da haben wir es also! Nach Hofbauer wurden den Russen Erleichterungen beim Export von Getreide zugesagt und nun fühlen sie sich vom Westen hintergangen, weil sie ihr Getreide nicht verkaufen können. Eine Erklärung, die das Verhalten der Russen als nachvollziehbar erscheinen lässt.

Rationale Gründe

Kehren wir zur Berichterstattung bei SRF zurück. Mittlerweile wurde die Berichterstattung und die Einordnung über das Scheitern des Getreideabkommens Chefsache. Fredy Gsteiger, stellvertretender Chefredaktor bei Radio SRF deutete nach dem Aus des

Abkommens immerhin auch rationale Gründe der Russen an: «Die westlichen Sanktionen gegen Russland betreffen zwar russische Düng- und Lebensmittelexporte nicht. Aufgrund von generellen Einschränkungen im Handels- und Finanzverkehr sowie bei den nötigen Versicherungen (...) sind die Ausfuhrn allerdings trotzdem erschwert.»

Nun gut, lassen wir das «erschwert» anstelle von «verhindert» in der Einschätzung von Fredy Gsteiger einfach mal so stehen. Während eines ganzen Jahres wurde die russische Seite als nicht vertrauenswürdig und unberechenbar dargestellt. Es bedurfte der Information anderer Medien, um mögliche Motive der Russen überhaupt erahnen zu können. Sowohl Ukrainer wie Russen möchten ihr Getreide verkaufen, die Sanktionen sind für die Russen aber ein Hindernis! Erst nach dem Scheitern dann in der

Berichterstattung von SRF ein zaghafter Hinweis von Fredy Gsteiger, dass es vielleicht doch etwas mit den Sanktionen zu tun haben könnte.

Es lohnt sich allemal die SRF-Kriegsberichterstattung genauer anzusehen, ohne die militärische Reaktion oder das Verhalten der Russen gutheissen zu müssen. Wie sehne ich mich nach einem Journalismus, der verschiedene Standpunkte in einem Artikel abbildet und mir so Mitdenken ermöglicht. Beim Getreideabkommen wäre dies einmal mehr ganz einfach möglich gewesen. «Recherche» hätte dies geheissen. Die Interessen der russischen Seite und die Zugeständnisse – offensichtlich wurden sie gemacht – hätten vom ersten Tag in die Berichterstattung von SRF gehört. Die Einschätzung von Luzia Tschirky kann ersatzlos gestrichen werden. Ach, für wie dumm verkauft uns Leutschenbach!



Ein mit Getreide beladenes ukrainisches Frachtschiff im Marmarameer. Quelle: zVg.

Fragwürdige Finanztipps

Investieren in den Krieg?

In Bezug zum NATO-Gipfel vom 11. bis 12. Juli in Vilnius folgt ein kleiner Bericht zum aktuellen Geschehen im Umfeld des US-militärisch-industriellen Komplexes. Es handelt sich um im Internet verbreitete Investitionsempfehlungen in lukrative Anlagen für den ungeübten und unbedarften Normalverbraucher, zu dem offenbar auch der Autor gezählt wird.

Von Kaspar Trümpy

Falls man als Erbe zu etwas Geld gekommen ist und sich im kapitalistischen System etwas behaglicher als sonst einrichten will, liegt die Idee nahe, sich um Investitionsmöglichkeiten beispielsweise im Bereich der grünen Wasserstoff-Wirtschaft zu erkundigen. Ein Buch zu diesem Thema («Das Wasserstoff-Investment: Reich. Reicher. Millionär.») habe ich mir vor einiger Zeit zukommen lassen. Weitere Aktionen meinerseits haben sich daraus aber nicht ergeben, als ängstlicher Anfänger und unverschuldeter Trittbrettfahrer verlasse ich mich lieber auf den stabilen Schweizerfranken.

Seither bekomme ich jedoch per E-Mail regelmässig Zuschriften zu Investitionsmöglichkeiten, die ich nachträglich nur insoweit einordnen kann, dass es sich sicher nicht um Rubel-Anlagen handelt (obwohl der Rubel vor einem Jahr nahe bei exzellenten 50 Rubel pro Dollar lag). Die Meldung vom 11. Juli 2023 ist mir jedoch sofort aufgefallen: «Eil-Sondersendung, NATO-Gipfel in Vilnius bringt Ihnen historische Gewinn-Chance. Im Hinblick auf den Ukraine-Krieg beabsichtigt die NATO die Aufstockung ihrer Rüstungsausgabe auf sagenhafte 1200 Milliarden Euro.»

Hardcore-Kapitalisten lassen sich durch solchen Meldungen nicht aus der Ruhe bringen und greifen sofort beherzt zu (Rheinmetall-Aktien

dürften ein ganz heisser Tipp sein). Zartbesaitete Linksaktivisten machen sich jedoch über diese Meldung eines Herrn Morrien von «GeVestor» schon ihre eigenen Gedanken:

Herr Trümpy

Die Zeiten der militärischen Sparwirtschaft sind vorbei. Spätestens seit dem Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022. Nicht nur der Angriffskrieg in der Ukraine, sondern auch andere geopolitische Spannungen lassen den Traum von der NATO als passive Friedensvereinigung platzen. Das heisst im Klartext: Die NATO muss ihre Verteidigungsfähigkeit weiter ausbauen – und die dafür nötigen Investitionen bringen Ihnen bis zu 23.229 % Gewinn!

Stichtag: Der 11. Juli 2023 – Rolf Morrien enthüllt LIVE und KOSTENLOS 3 Verteidigungs-Giganten für bis zu +23.229 % Gewinn!

- Sie erfahren exklusiv, an welche Unternehmen die 1,2 Billionen Euro fliessen – und wie Sie sich Ihren Anteil JETZT sichern!
- Die Aktien der 3 Verteidigungs-Giganten bringen Ihnen bis zu +23.229 % Gewinn!
- So werden beispielsweise aus nur 2500 Euro bis zu 583 225 Euro!
- Rolf Morrien hat die 3 Unternehmen gefunden, die der Schlüssel unserer neuen Verteidigungs-Politik werden.

Doch schon in wenigen Tagen werden die Namen dieser 3 Unternehmen in aller Munde sein. Dann ist es für die ganz grossen Verteidigungs-Gewinne zu spät. Dann haben sich andere Anleger den grössten Teil des Kuchens geschnappt.

Weitere finanztechnische Details und Gratistipps folgen. Was dem ausserhalb der West-Medien informierten Linksaktivisten auffällt ist die Passage vom «geplatzten Traum von der NATO als passive Friedensvereinigung».

So stellen sich die Herren innerhalb der «Goldenen Milliarde» also das Weltgeschehen vor. Im Globalen Süden ausserhalb dieser Blase erinnert man sich jedoch sehr gut daran, dass die NATO, neben anderen Kriegen, die Jugoslawienkriege entfesselt und die Serben schlussendlich in Grund und Boden bombardiert hat. Momentan wird behauptet, dass die an die Ukraine zu liefernden kriminellen Streubomben immer noch besser seien, als die armen Ukrainer der brutalen Herrschaft Russlands zu überlassen.

Am NATO-Gipfel in Vilnius wurde der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine eine klare Absage erteilt, die USA wollen keinesfalls einen direkten Krieg mit Russland riskieren. Die Waffenlieferungen an die Ukraine sollen jedoch, wie oben dargelegt, noch ausgeweitet werden. Abgesehen davon, dass NATO-Waffen im direkten Einsatz getestet werden können, sehen die USA offensichtlich keinen anderen Weg, sich aus dem ganzen Desaster herauszuwinden. Neben den europäischen Vasallen bezahlen vor allem die Ukrainer einen sehr hohen Preis für diese reaktionäre Politik. Auch Russland bezahlt seinen Preis, dürfte aber gestärkt aus diesem globalen Konflikt hervorgehen, was für die USA eher nicht zutrifft. Inwieweit sich der individuelle Investor an seinen Kriegsgewinnen erfreuen kann, ist ungewiss.

Lokalgruppe Bern gegründet

Im letzten Jahr haben die internationalen Spannungen enorm zugenommen. Die Schweizer Regierung hat in dieser Situation eine gewaltige Aufrüstung der Armee sowie Schritte zu einer Annäherung an den NATO-Block beschlossen. Damit trägt sie bloss zur weiteren Eskalation auf internationaler Ebene bei. Demgegenüber sind die Friedenskräfte in der Schweiz und in Europa zersplittert und konnten der Aufrüstungswelle und Kriegshetze kaum etwas entgegensetzen. Um das zu ändern, brauchen wir eine starke Friedensbewegung in der Schweiz. Eine Möglichkeit dazu ist, in den verschiedenen Regionen lokale Friedensgruppen aufzubauen und dort aktiv zu werden.

In Bern wurde am 5. Juli eine Lokalgruppe der Schweizerischen Friedensbewegung SFB gegründet. Zehn Friedensbewegte kamen am 5. Juli zusammen und diskutierten darüber, wie man die Kampagnen und Aktionen der SFB auf lokaler Ebene umsetzen kann. Wir sprachen über die neue Petition der SFB und vereinbarten Sammeltermine. Ein weiteres Thema war die Vorbereitung auf die Friedenskundgebung am 23. September in Zürich. Wenn du in der Region Bern wohnst und Teil der neuen Lokalgruppe werden willst oder wenn du in deiner Region auch eine SFB-Guppe gründen möchtest, melde dich unter: mail@friedensbewegung.ch

Hintergrund

Atomkraft, Uran, Kriege

Im vierten Teil der Serie über Energieträger und Kriege geht es um den Zusammenhang zwischen Krieg und der Atomkraft. Neben der grossen ökologischen Problematik der Atomkraft gibt es eine weitere Schattenseite: Ein Abfallprodukt der Atomindustrie, abgereichertes Uran, eignet sich sehr gut für militärische Zwecke, mit fürchterlichen Folgen.

Von Ueli Schlegel

Die Probleme der Atomenergie sind vielfältig: seltene, aber hohe Risiken von Unfällen mit grosser Freisetzung von radioaktiven Substanzen (unter anderem in Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011), die ungeklärte Frage der Abfallentsorgung (Endlagerproblematik), fehlende Rentabilität (Atomkraftwerke sind nur mit staatlicher Unterstützung rentabel – Sonne und Wind produzieren heute viel kostengünstiger Strom; nur schon das temporäre Ausschalten geschweige denn der Rückbau von Atomkraftwerken ist sehr teuer), Abhängigkeit von Uranabbau-Staaten und Brennstabherstellern. Der Uranabbau ist – vor allem in ärmeren Ländern und in Ländern, die den Abbau ausländischen kapitalistischen Grosskonzernen überlassen – eine ausserordentlich schmutzige Sache. Ökologische Langzeitschäden und Erkrankungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Regel. Das französische Rechercheportal CRIIRAD listet zum Beispiel unter dem Stichwort «Areva» – das ist der staatliche französische Atomenergiekonzern – zahlreiche Menschenrechtsverletzungen des Konzerns in Niger auf. Niger ist für Frankreich ein wichtiges Uranabbau-Staat. Der Konzern Areva/Orano foutiert sich offenbar um die gesundheitlichen Probleme der Menschen und lässt bei nicht mehr ausbeutbaren Uranminen ein Chaos zurück.

Frankreich, das noch 1990 der sechstgrösste Uranförderer war, stellte seinen Uranabbau im eigenen Land völlig ein. Das Land produziert prozentual mehr Strom aus Atomenergie als alle anderen, nämlich 72 Prozent. Frankreich exportiert Atomstrom in verschiedene europäische Länder, auch in die Schweiz und nach Deutschland und Österreich. Frankreich bezieht zunehmend Uran aus Afrika – etwa 30 bis 40 Prozent des importierten Urans kommen aus Niger, wo kürzlich die Armee gegen den Präsidenten putschte. In Niger, das ein wichtiger Uranexporteur geworden ist, haben 75 bis 80 Prozent der Menschen keinen Stromanschluss, 40 Prozent leben unterhalb der Armutsgrenze, ein Drittel der Kinder ist untergewichtig, die Analphabetenquote liegt bei 63 Prozent.

Einen Teil des Urans bezieht Frankreich aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, so auch aus Russland.

Das ist mit ein Grund, warum sich die westlichen Länder nicht auf Sanktionen gegen russisches Uran einigen können.

Ineffizient und irrational

Finnland, ein weiteres atomenergieproduzierendes Land, hat im Gegensatz etwa zu Norwegen den Ausbau erneuerbarer Energie teilweise verschlafen. Es liegt in diesem Bereich weit hinter Norwegen und Schweden, sogar auch hinter der rückständigen Schweiz. Wind- und Sonnenenergie spielen in diesem Land eine marginale Rolle. Zudem wird fast die Hälfte der finnischen Häuser mit Strom geheizt; die simple Stromverbrennung ist jedoch eine besonders ineffiziente Verwendung dieser wertvollen Energie. Finnland hat denn auch unter allen Ländern der Welt den fünfthöchsten Stromverbrauch pro Kopf.

Das Land ist ein besonders klares Beispiel für die Probleme der Atomindustrie. Im Land stehen fünf Atomreaktoren. Das letzte Atomkraftwerk ist in Olkiluoto im Südwesten Finnlands an der Ostsee als dritter Block der Anlage im April 2023 in Betrieb genommen worden. Baubeginn war 2005, Ende 2009 hätte ursprünglich die Stromproduktion starten sollen, also 14 Jahre früher. Der grösste Zulieferer und Unternehmer war der französische Konzern Areva. Das Kraftwerk wurde dreieinhalb Mal teurer als ursprünglich geplant, es kostete schlussendlich elf Milliarden Euro. Bis zum Schluss mussten Tausende Mängel behoben werden, darunter auch sicherheitsrelevante. Zusätzlich zu den Mehrkosten musste wegen der verspäteten Inbetriebnahme Strom im Wert von drei Milliarden Euro importiert werden.

Finnland betreibt eine ähnlich selbstquälerische und irrationale Aussenpolitik wie Deutschland, an dem sich die finnische Bourgeoisie seit dem blutigen Bürgerkrieg von 1918 und dem Bündnis mit den Nazis im zweiten Weltkrieg orientiert, das heisst, es hält sich wie Deutschland an sogenannte «regelbasierte Ordnungen», mit anderen Worten, es betreibt eine fallweise moralisierende Aussenpolitik, in der Ideologie wichtiger ist als die Vernunft. So schwenkte Finnland nach dem Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine von den früher verwendeten russi-

schen Rosatom-Brennstäben für die Atomkraftwerke auf amerikanische Westinghouse-Brennstäbe um, was selbstverständlich nicht nur zusätzliche Umbaukosten, sondern auch höhere Liefer- und Betriebskosten zur Folge hat.

Abhängiges Ungarn

Ungarn hat vier Reaktoren, die alle in der Stadt Paks an der Donau stationiert sind. Alle sind zwischen 1983 und 1987 in Betrieb genommen worden. Sie produzieren fast die Hälfte des ungarischen Stroms. Zwei zusätzliche Reaktoren werden im Moment von Russland am gleichen Standort gebaut; sie sollen 2031 in Betrieb genommen werden. Die ökonomische Zusammenarbeit mit Russland ist ein wichtiger Grund dafür, dass sich Ungarn oft in eigenem Interesse gegen die EU-Sanktionen stellt und sich weniger als andere europäische Staaten den US-Interessen unterordnet. Die Produktion aus alternativen Energien ist in diesem Land unterentwickelt, Ungarn liegt hier mit 21,2 Prozent (2022) auf Platz 120 der etwa 200 Staaten der Welt.

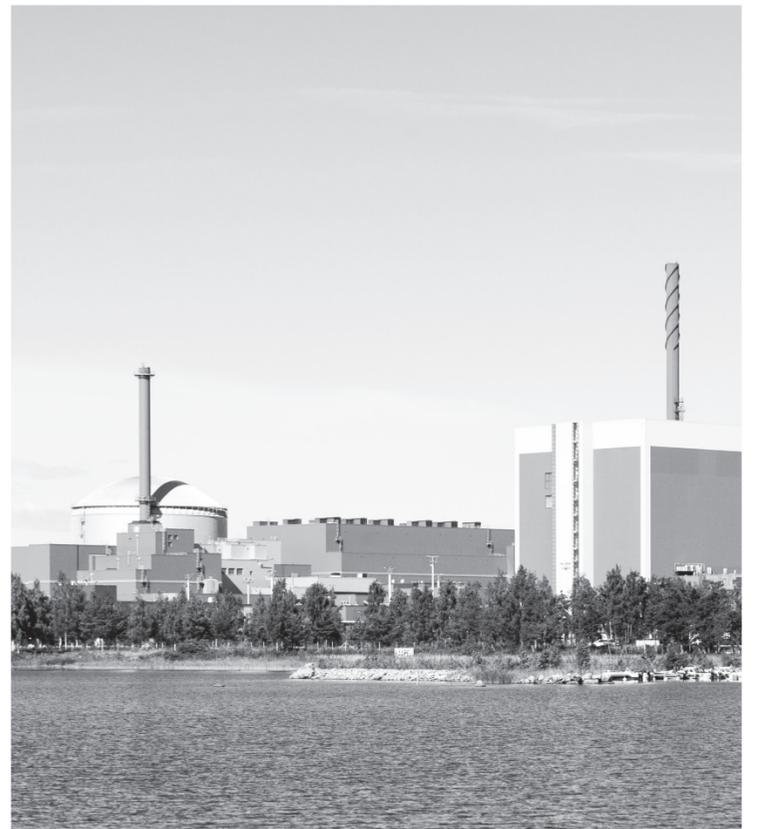
Die Zentralisierung der Atomkraftwerke an einem Standort und die starke Abhängigkeit von Atomstrom stellt für Ungarn ein eindeutiges Klumpenrisiko dar. Das zeigten auch die gefährlichen Hochwasserereignisse an der Donau 2009, 2010 und 2013. Endlager für Atomabfälle waren ursprünglich für 2010 geplant, mittlerweile ist der Termin für die Inbetriebnahme auf 2047 verschoben worden.

Atomkraft und abgereichertes Uran

Da einerseits weltweit die Entsorgung der Atomabfälle nicht gelöst ist, andererseits aber sogenanntes abgereichertes Uran («depleted uranium», DU) wegen seiner grossen Dichte und Härte als Waffe im Krieg ausserordentlich effizient ist, ergibt sich hier ein Zusammenhang. Abgereichertes Uran ist zweieinhalb Mal schwerer als Stahl und doppelt so schwer wie Blei. Pioniere in der Herstellung von Waffen aus abgereichertem Uran sind die USA und Grossbritannien.

Die USA sind somit nicht nur der Staat, der mit den Abwürfen von Atombomben auf die Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 mit Hunderttausenden toten und noch viel mehr verletzten Zivilisten eines der schlimmsten Kriegsverbrechen begangen hat, sondern auch der Staat, der als erster Geschosse mit abgereichertem Uran eingesetzt hat und damit Millionen von Menschen verletzt hat. Der Dokumentarfilmer Frieder Wagner schreibt in dem sehr empfehlenswerten Buch «Todesstaub made in USA – Uranmunition verseucht die Welt»: «Obwohl hochgiftig und radioaktiv strahlend, ist Uranmunition ein gängiger Bestandteil US-amerikanischer Kriegszüge. Seit dem Golfkrieg 1991 setzt die US-Armee unter stillschweigender Duldung der NATO-Verbündeten, also auch Deutschlands, urangehärtete Munition, Bomben und Granaten ein. Im Kosovo ebenso wie in Bosnien und Serbien, in Kuwait, Afghanistan, im Libanon, in Somalia, im Irak und in Syrien.»

Die Berliner Zeitung publizierte 2021 unter dem Titel «Der ungeübte Chemiekrieg gegen Serbien: Wer verurteilt endlich die NATO?» einen Text über den Krieg der NATO gegen Serbien, in dem der Einsatz von abgereichertem Uran, insbesondere auch gegen jugoslawische Chemiefabriken, zur Sprache kommt. Darin wird berichtet, dass wenige Jahre nach Kriegsende serbische Me-



Das finnische Atomkraftwerk Olkiluoto. Quelle: z/Vg.

diziner einen dramatischen Anstieg der Krebsrate und Sterblichkeit im Zusammenhang mit Uranmunition beobachteten.

Billiges Material

Abgereichertes Uran ist ein Abfallprodukt der Herstellung von Brennstäben für Atomkraftwerke. Pro Tonne Atombrennstoff fallen etwa fünfzehn bis acht Tonnen abgereichertes, jedoch nach wie vor radioaktives Uran an. Urangeschosse durchdringen Stahl und Beton; der radioaktive und lungengängige Feinstaub verursacht Krebs und verseucht mit einer Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren ganze Landstriche.

Das Material ist billig und in Mengen vorhanden. Es soll nun von den USA und von Grossbritannien auch im Ukraine-Krieg gegen Russland eingesetzt werden. Dass die Ukraine damit langfristig mit radioaktivem Material verseucht wird, mit anderen Worten, dass der Einsatz von abgereichertem Uran als Waffe ein grauenhaftes Kriegsverbrechen mit Langzeitwirkungen auch auf die Zivilbevölkerung ist (Stichwort: Krebsraten), stellt offenbar für die USA und Grossbritannien kein Problem dar. In einem Interview auf den Nachdenkseiten mit dem Buchautor und Dokumentarfilmer Frieder

Wagner wird eindringlich vor den Gefahren von abgereichertem Uran gewarnt und deutlich gemacht, weshalb diese Waffen derart gefährlich sind: «Wenn Urangeschosse eine Panzerung durchdringen, entsteht eine Reibungshitze von bis zu 5000 Grad Celsius und das Uran verbrennt in diesen Geschossen zu keramisierten, wasserunlöslichen Nanopartikelchen, die 100 Mal kleiner sind als ein rotes Blutkörperchen. Das heisst, es entsteht praktisch ein Metallgas und dieses Metallgas ist weiterhin radioaktiv und hoch giftig. Werden diese radioaktiven und hoch giftigen Nanopartikelchen eingeatmet oder mit der Nahrung aufgenommen, können sie im menschlichen oder tierischen Körper überall hinwandern: in alle Organe, ins Gehirn, in die weiblichen Eizellen und in den männlichen Samen.» Überall wo sich dieses Uran 238 im Körper ablagert, könne es, was wissenschaftlich bewiesen sei, zu den verschiedensten Krankheiten kommen. Wagner kritisiert, dass das Thema «Uranmunition» für die Medien und die Politik ein Tabu-Thema sei. «Darum wissen auch so wenig Menschen über die furchtbaren Folgen eines solchen Einsatzes Bescheid. Verstehen würden sie es schon, wie gefährlich diese Munition ist, wenn man es ihnen erklären würde.»

Leserbrief

Probleme mit dem Hammer lösen?

Die Schweiz soll diskret den Dialog mit den Kriegsparteien in der Ukraine suchen, forderte der Diplomat Thomas Greminger. Im Moment steht aber in der Schweiz anderes zur Diskussion. Die Armee soll in einem ersten Schritt für 13 Milliarden Franken neue Waffensysteme beschaffen. Das ist nicht erstaunlich, dass auch die Schweiz jetzt wie viele andere Länder aufrüstet. Noch vor dem Krieg in der Ukraine hatte auch in der Europäischen Union die Aufrüstung Priorität, wie in den USA. Trotz dem Desaster, das die militärischen Interventionen in Afghanistan, im Nahen Osten und in Afrika angerichtet hatten. Ein Spinnennetz von Lobbyisten der Rüstungsindustrie waren in Brüssel tätig, sorgten dafür, dass soziale Lösungen zurückgestuft wurden zugunsten von militärischen. Führende Repräsentanten der Rüstungsindustrie wechselten oft in Gremien der EU, die für Rüs-

tungsfragen zuständig waren. 13 Milliarden für neue Waffensysteme, dabei haben viele Leute Mühe mit dem Bezahlen der Miete, der Krankenkassenprämie und der Lebensmittel.

Die Probleme der Welt sollen heute drüber wie hüben mit dem Hammer gelöst werden, Nägel sollen eingeschlagen werden, statt die strukturellen Problemen dieser Erde anzugehen, die zunehmende Armut auch in den reichen Ländern, die Ausbeutung der Dritten Welt, die Umweltprobleme, die Flüchtlingsfrage mit der militarisierten Frontex. Wer heute einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen im Krieg in der Ukraine fordert, wird als Putin-Versteher verhöhnt. Auch atomar wird aufrüstet, obwohl der Einsatz dieser Waffen der ganzen Menschheit das Leben kosten könnte.

Heinrich Frei

Putsch in Niger

red. Am 26. Juli 2023 ging die Präsidentengarde Nigers gegen den amtierenden Präsidenten Mohammed Bazoum vor und führte einen Staatsstreich durch. Eine Militärregierung unter der Führung von General Abdourahmane Omar Tchiani gelangte an die Macht. Niger ist das vierte Land in der Sahelzone, das in der jüngsten Zeit einen Putsch erlebt hat – die anderen drei sind Burkina Faso, Guinea und Mali. Die neue Regierung untersagt Frankreich, sich weiterhin nigrisches Uran anzueignen. Tchiani hat auch die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich aufgekündigt, was zur Folge hat, dass 1500 französische Soldaten ihre Koffer packen werden. Auch das Fortbestehen der «Airbase 201», einer tausend Kilometer von der Landeshauptstadt Niamey entfernten US-Militärbasis, ist unsicher. Es handelt sich um die grösste Drohnenbasis der Welt. Sie ist der Schlüssel für US-Operationen in der gesamten Sahelzone.

Die westlichen Kolonialmächte, insbesondere Frankreich und die USA, sowie die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS verurteilten den Umsturz, Niger wurde aus der ECOWAS ausgeschlossen. Trotz fehlenden Mandats hatte die Wirtschaftsgemeinschaft in der Vergangenheit in Liberia, Sierra Leone und Gambia Militärinterventionen durchgeführt und droht auch in diesem Fall damit. Die ECOWAS hat bereits ein sofortiges Embargo gegen Niger eingesetzt. Bis Redaktionsschluss ist eine Militärintervention der ECOWAS ausgeblieben.

West-Sahara-Konflikt

Völkerrecht oder Staatsinteressen?

Die Westsahara steht seit Jahrzehnten unter der völkerrechtswidrigen Besetzung von Marokko. Ihre BewohnerInnen, die Sahraouis, haben ein Recht auf Selbstbestimmung, doch wen kümmert's... Eine wertorientierte Politik scheint international abgedankt zu haben.

Von Elisabeth Bäschlin

Ein grosser Teil der Westsahara, der ehemaligen spanischen Kolonie Sahara, wird seit 1975 von Marokko widerrechtlich besetzt. Bereits 1963 hatte die UNO von Spanien verlangt, die Bevölkerung über ihre Zukunft bestimmen zu lassen. 1973 haben dann junge Sahraouis die Frente POLISARIO gegründet als Befreiungsbewegung gegen die spanische Kolonisierung.

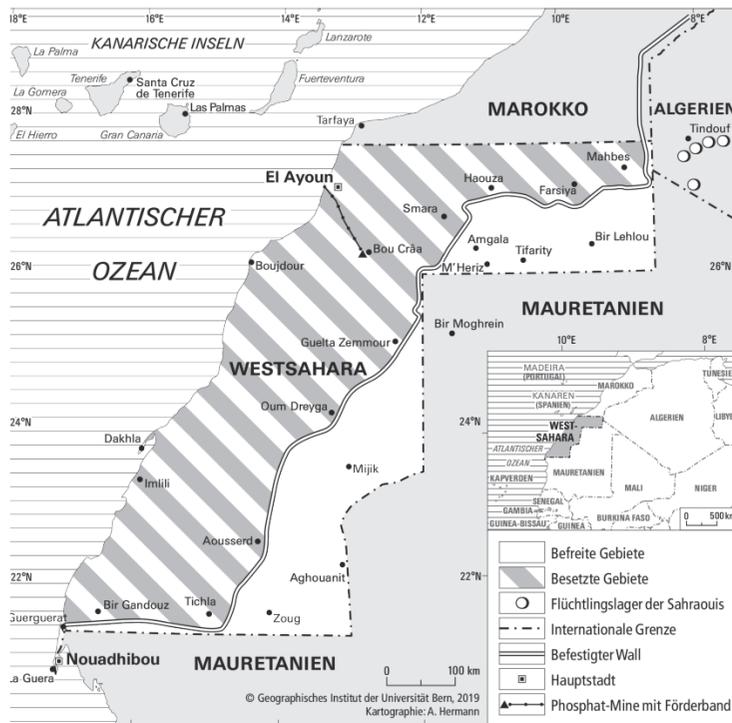
Doch seit 1956, dem Jahr seiner Unabhängigkeit, erhebt Marokko Anspruch auf das Gebiet der Westsahara aufgrund eines angeblich historischen «Grossmarokko». In einem Gutachten von 1975 stellte der Internationale Gerichtshof in Den Haag fest, dass die Sahraouis als autochthone Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung hätten und dass Marokko keinen territorialen Anspruch auf die Westsahara erheben könnte. Der damalige marokkanische König Hassan II. akzeptierte dieses Urteil jedoch nicht und organisierte Ende Oktober 1975 den «Grünen Marsch»: 350 000 marokkanische Zivilisten wurden in Lastwagen-Kolonnen begleitet von einem grossen Medienspektakel in die spanische Kolonie gefahren, um die «Sahara heimzuholen». Kaum

jemand bemerkte, dass gleichzeitig die marokkanische Armee klammheimlich das Gebiet besetzte. Unter diesem Druck unterzeichneten Vertreter Spaniens, unter Einfluss der designierten Königs Juan Carlos, ein Dreier-Abkommen, in dem Spanien die Verwaltung seine Kolonie Sahara zu zwei Dritteln an Marokko (Norden) und einem Drittel an Mauretanien (Süden) abtrat.

Widerstand der Bevölkerung

Die Frente POLISARIO nahm darauf den bewaffneten Kampf gegen Marokko auf. Ein Grossteil der sahraouischen Bevölkerung flüchtete vor der Besetzung durch Marokko erst ins Landesinnere und dann, nach Bombardierungen durch Napalm- und Phosphorbomben durch die marokkanische Armee, über den kleinen gemeinsamen Grenzstreifen nach Algerien, das den Sahraouis ein Wüstengebiet im Süden der Stadt Tindouf zur freien Nutzung zur Verfügung stellte.

1976 rief der Ältestenrat der Sahraouis in Bir Lehlou die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) als unabhängigen Staat aus. In den ersten Kriegsjahren war die sahraouische Volksarmee erfolgreich, bis Marokko ab 1981, mit technischer Unterstützung der USA und finanziert durch Saudi-Arabien, die von ihm eroberten Gebiete mit einem elektronisch gesicherten Verteidigungswall und vorgelagerten Minenfeldern zu sichern begannen.



Karte der besetzten Westsahara. Quelle: zVg.

Aufgrund der Initiative von UNO und Afrikanischer Union unterzeichneten beide Konfliktparteien im Sommer 1991 ein Friedensabkommen, das die Durchführung eines Referendums bis spätestens Februar 1992 vorsah. Seit Ende August 1991 sind UNO-Truppen, die MINURSO, im Gebiet stationiert, mit dem Auftrag, dieses

Referendum durchzuführen. Doch bis heute konnte Marokko die Abstimmung erfolgreich verhindern – und plündert die Bodenschätze und die natürlichen Ressourcen des besetzten Gebietes.

2007 präsentierte Marokkos einen Autonomie-Plan: Die Westsahara sollte eine autonome Region innerhalb des marokkanischen Staates werden. Der Autonomie-Plan ist die einzige Lösung, die Marokko akzeptieren will. Die Sahraouis jedoch halten an ihrem internationalen Recht auf Selbstbestimmung fest und verlangen eine freie Abstimmung. Bei diesen entgegengesetzten Positionen ist nicht erstaunlich, dass alle bisherigen direkten und indirekten Gespräche und alle Sonderbeauftragten der UNO bis heute keine Lösung für den Konflikt gebracht haben.

Aktuelle Situation

In den Flüchtlingslagern südlich von Tindouf leben heute 170 000 Sahraouis. Seit 1975 haben sie hier ihren Exilstaat DARS aufgebaut, trotz zahlreicher fehlender Mittel: Es gibt Schulen von der Primarstufe bis Gymnasium, Lehrerbildung, ein Lehrmittelzentrum, ein dreistufiges Gesundheitswesen, Frauen- und Jugendzentren, sogar eine Kunst- und eine Filmschule und alle notwendigen Ministerien. Dieser Aufbau war möglich dank der Unterstützung von befreundeten Organisationen, allen voran dem Gastland Algerien. Hier warten die Sahraouis seit 48 Jahren auf ihr Recht auf Selbstbestimmung. Im unwirtlichen Wüstenklima ist ausser einigen Oasengärten kein Anbau möglich. So ist die Bevölkerung fast vollständig von internationaler Hilfe abhängig, die aber immer zögerlicher eintrifft, so dass oft Mangel herrscht. Zunehmend gewinnen nun in den letzten Jahren die Geldsendungen von Sahraouis,

die im Ausland (z.B. Spanien, Frankreich) arbeiten, an Bedeutung.

Das Recht der sahraouischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung ist international unbestritten und wird in UNO-Resolutionen in regelmässigen Abständen immer wieder bekräftigt. Offiziell steht das Gebiet der Westsahara weiterhin auf der Liste der UNO der «nicht selbstverwalteten Gebiete», was nach einem Dekolonisierungsprozess verlangt. Gleichzeitig verlangt die UNO aber seit 2002 in ihren Resolutionen zur Westsahara stets «eine gerechte, nachhaltige und beiderseits akzeptierbare Lösung» – ein Ding der Unmöglichkeit bei diesen diametral entgegengesetzten Vorstellungen.

Kaum Interesse

Trotz dieser klaren Rechtslage setzt sich keine einzige Regierung für das Recht der Sahraouis ein oder macht Druck auf Marokko, seine illegale Besetzung zu beenden. Die Situation in der Westsahara findet international kaum Interesse – auch nicht bei den demokratischen Staaten Europas!

Offiziell hat auch lange Zeit kein Land der Welt den marokkanischen Anspruch auf das Gebiet der Westsahara anerkannt. Das änderte sich mit der Anerkennung durch US-Präsident Trump im Dezember 2020. Und im Gefolge der von Trump initiierten Abraham-Abkommen hat nun am 18. Juli 2023 auch Israel den marokkanischen Anspruch anerkannt und erwartet nun in Gegenzug, dass Marokko die PalästinenserInnen nicht weiter unterstützt.

Und die Schweiz? Sie erklärt sich neutral und unterstützt offiziell die Bemühungen der UNO für eine allseitig akzeptierte Lösung des Konflikts. Das EDA lehnt aber jeden nur halbwegs offiziellen Kontakt mit Vertretern der POLISARIO ab. Andererseits ist geplant, Marokko für den Zeitraum 2025 bis 2028 zu einem Schwerpunktland seiner humanitären internationalen Zusammenarbeit zu machen.

Es ist verständlich, dass die aktuellen Diskussionen in Europa um die völkerrechtswidrige Besetzung der Ukraine durch Russland bei den Sahraouis Verwunderung, aber auch Wut auslösen. Die Sahraouis lehnen die Besetzung der Ukraine klar ab, fragen sich aber, warum sich denn im Fall der genauso völkerrechtswidrigen Besetzung der Westsahara niemand für die Rechte der Sahraouis einsetzt. Warum gelten da zwei verschiedene Masse?

Elisabeth Bäschlin, em. Dozentin für Geographie, Präsidentin des SUKS / Schweizerisches Unterstützungskomitees für die Sahraouis, begleitet die Sahraouis seit mehr als 40 Jahren. Das SUKS wurde 1976 gegründet von Schweizer Hilfswerken, um die Sahraouis in ihrem Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen. Mehr Informationen: www.suks.ch

50 Jahre Vereinigung Schweiz-Cuba

Ein stimmungsvolles Fest

Von Samuel Wanitsch

Die Vereinigung Schweiz-Cuba feierte am 12. August in Solothurn ihr 50-jähriges Bestehen mit Vorträgen, Podium und einem Konzert der Band Rakachan. Omnipräsent war Fidel, dessen Geburtstag es tags darauf zu würdigen galt.

In einer Videobotschaft überbrachte Fernando González Llort, Präsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP) und Held der Republik Kuba, eine Grussbotschaft und dankte für die wichtige Arbeit der Solidarität mit der sozialistischen Insel. Die kubanische Botschafterin Mayra Ruiz überreichte danach die Freundschaftsmedaille des ICAP an die Vereinigung Schweiz-Cuba und an die Solidaritätsorganisation Medicuba, vertreten durch Dr. Franco Cavalli, in Anwesenheit verschiedener diplomatischer Vertretungen.

Grosse Aufmerksamkeit fanden auch das Referat von Dr. Franco Cavalli und die Präsentation des Jubiläumsbuches «50 Jahre VSC». Martin Schwander, der interne Historiker und Buchautor der Jubiläumsschrift fasste die Vorgesichte folgendermassen zusammen: «Im Oktober 2020 erhielt ich eine Mail von einem der Koordinatoren der Vereinigung Schweiz-Cuba. Das kubanische Institut für Völkerfreundschaft habe angefragt, wann die Vereinigung eigentlich gegründet worden sei. Nach ihren Unterlagen stünde 2021 das 50-jährige Jubiläum an, und das wolle man in irgendeiner Form feiern. Da ich einige Jahre zuvor aus meiner Erinnerung den Mai 1973 als Gründungsmonat genannt hatte, waren wir durch die Anfrage aus Kuba etwas verunsichert und ich begann mit ersten zaghaften Recherchen. Zentral gesammelte Ak-



Martin Schwander präsentiert das Jubiläumsbuch. Quelle: VSC.

ten waren zunächst nicht auffindbar und verschiedene Quellen lieferten unterschiedliche Daten.

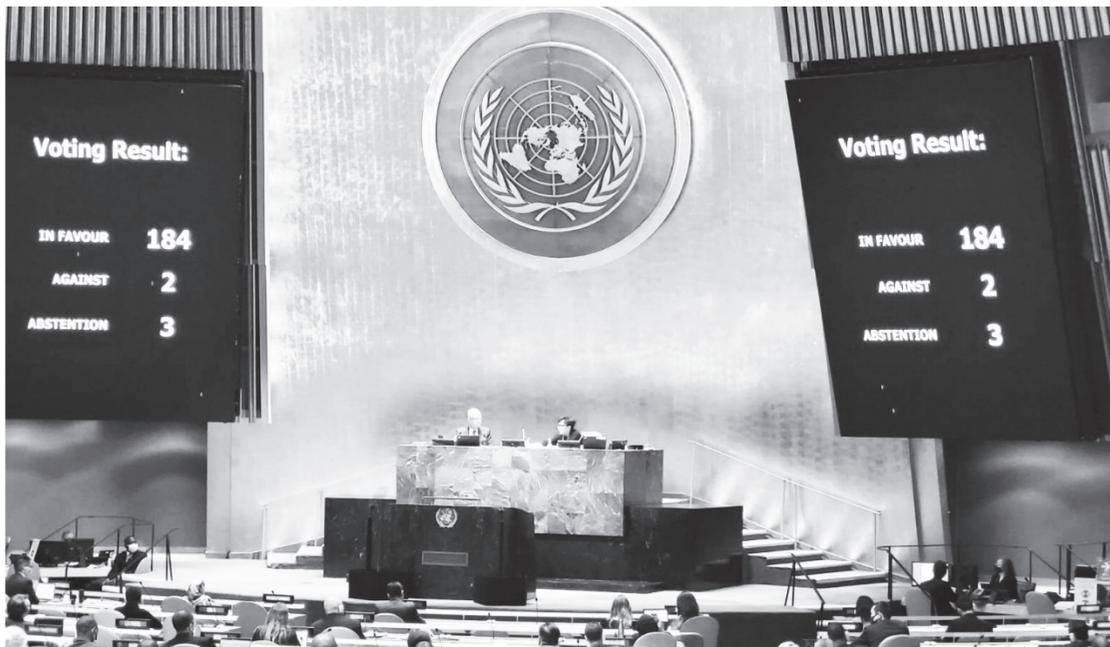
Bereits 1967 entstanden in der Schweiz die ersten Organisationen, die sich für die Solidarität mit Kuba einsetzten. Sie agierten jedoch nur lokal und hatten anfangs kaum Kontakte untereinander. 1972 schliesslich beschlossen die Association des Amis de Cuba in Genf, die Association culturelle Suisse-Cuba in La Chaux-de-Fonds und die Vereinigung Schweiz-Cuba in Bern, eine schweizerische Dachorganisation zu gründen. Nach Gesprächen mit dem ICAP, die Ende 1972 in Havanna stattfanden, wurde sie unter dem Namen Vereinigung Schweiz-Cuba am 5. Mai 1973 formell gegründet und ein Jahr darauf ein erstes Nationalkomitee konstituiert. Es liegt zwar keine Gründungs-urkunde vor und auch kein Protokoll, selbst die sonst bestens informierte politische Polizei unseres Landes hatte das Ereignis verpasst. Das Gründungsdatum wird jedoch festgehalten

im ersten offiziellen Freundschaftsvertrag zwischen dem ICAP und der Vereinigung Schweiz-Cuba, der am 2. Juni 1980 in Havanna unterzeichnet worden war. Der 5. Mai wurde darin neben dem 1. August, dem Nationalfeiertag der Schweiz, als Datum festgelegt, das vom ICAP alljährlich begangen werden sollte. Voilà. Damit war es amtlich und dank der Anfrage aus Kuba wurde der Vereinigung bewusst, dass es 2023 etwas zu feiern gibt. Bald einmal folgte die Idee, aus diesem Anlass die Geschichte der schweizerischen Cuba-Solidarität schriftlich festzuhalten und zu würdigen und ich erklärte mich einverstanden, Konzept und Gestaltung dieser Festschrift zu übernehmen.»

Buch «50 Jahre VSC»
176 Seiten, reich illustriert. Inkl. CD mit sämtlichen Texten auf Deutsch.
Richtpreis: Fr. 15.-
Bestellen bei: www.cuba-si.ch
VSC/ASC, 4000 Basel,
national@cuba-si.ch



Protest von Sahraouis in der Nähe von Tindouf. Quelle: zVg.



Abstimmung der UNO-Generalversammlung über die Beendigung der Blockade gegen Kuba. Quelle: zVg.

Eine UN-Konvention zur nationalen Integrität?

Respekt zwischen Staaten

So wie Menschen die Rechte anderer Menschen missachten, missachten auch Staaten die Autonomie anderer Staaten. Wir wünschen im Alltag Respekt und Wertschätzung von Mensch zu Mensch, der Respekt zwischen Staaten ist jedoch kaum ein Thema. Respektvolles Verhalten zwischen Staaten fördert den Frieden nachhaltig. Respektlosigkeit und damit politisch einhergehend ausschliessliches Verfolgen von wirtschaftlichen Eigeninteressen oder Machtstreben führen zur Verletzung der Integrität von Staaten und zu Krieg. Ich denke, dies sollte sich ändern. Aus diesem Grund suche ich Leute, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen wollen oder sich dazu anderweitig engagieren möchten.

Von Brigitte Nyffenegger

In den Medien wird bei uns übergriffiges Verhalten von Staaten über andere Staaten, wenn dies beispielsweise durch Russland oder durch China erfolgt, getadelt. Das gleiche Verhalten eines westlichen Staates wird häufig als Rettung, Verteidigung der Demokratie, als tolerierbares Fehlverhalten kommuniziert oder nicht thematisiert und dabei nicht wahrgenommen. Der Krieg in der Ukraine ist ein aktuelles Beispiel dazu: der böse Putin, Sanktionen und Waffenlieferungen sind notwendig, der Westen gibt sich offen und hilfsbereit. Oder: die egoistische NATO, die USA als Feindbild. Die Meinungen sind gefestigt. Es gibt wenig Raum für eine differenzierte Betrachtung der Entstehung des Krieges, seiner Folgen und dessen Beendigung.

Versuche, zum Ukrainekrieg eine eigene Position einzunehmen, waren unerwünscht. Die Äusserungen von Bundesrat Alain Berset vom vergangenen März zur Friedensverhandlung zwischen der Ukraine und Russland wurde vom amerikanischen Botschafter in der Schweiz schnell und deutlich verurteilt. Elon Musks Äusserungen vom vergangenen Herbst zur Friedensverhandlung und demokratischen Abstimmungen in den besetzten Gebieten der Ukraine provozierte ebenso heftige Abwehrreaktionen seitens der USA. Friedensförderung ist nicht erwünscht. Die Vermutung könnte aufkommen, dass Krieg in der Ukraine auch der USA nützlich zu sein scheint. Bei uns findet kaum eine offene Diskussion statt, ob der Krieg auch uns dient und uns vor Putin schützt oder wie der Krieg nun in der Ukraine beendet werden könnte. Die Beweggründe der verschiedenen beteiligten Parteien wurden nicht offen kommuniziert. Es erscheint mir unklar, wer alles aus welchen Gründen am aktuellen Kriegsgeschehen in der Ukraine profitiert.

Die Verletzung der Integrität sowie der Krieg haben denselben Ursprung: mehr Macht, Eigennutz, fehlender Respekt und mangelnde Wertschätzung. Viel Abneigung gegenüber dem Westen, beispielsweise bei Menschen im Nahen Osten, lässt sich auch auf Handlungen des Westens wie beispielsweise den Irakkrieg zurückführen. Dieser war Ursache an Destabili-

sierung und Elend in den betroffenen Regionen. In der UN-Charta wurde das Ziel einer «freundschaftlichen, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung... der Völker beruhenden Beziehung zwischen den Nationen» formuliert. Leben wir diesem Grundsatz nach!

Neue Techniken

Die Integrität von Staaten wird darüber hinaus heute häufig durch neue Techniken zur politischen Einflussnahme verletzt: Beeinflussung der Meinungsbildung bei innenpolitischen Angelegenheiten von anderen Ländern, Beeinflussung von Wahlen oder Unterstützung von politischen Gruppierungen in anderen Staaten. Auch können die neuen technischen Möglichkeiten – die Aufrüstung ist zurzeit nicht nur bei den Waffen, sondern auch bei den Schlüsseltechnologien zu beobachten – über andere Staaten Macht verschaffen. Ebenso scheint mir der Landkauf und der Kauf von Firmen in anderen Ländern problematisch, da Staaten abhängig und erpressbar werden können. Auch sind Hackerangriffe auf staatliche Verwaltungen oder kritische Infrastrukturen eine Verletzung der Integrität von Staaten. Die aktuelle geopolitische Lage sowie der technologische Fortschritt haben uns in die Situation gebracht, dem kriegerischen Treiben viele neue und wirksame Möglichkeiten geschaffen zu haben. Diese werden leider auch rege genutzt. Dazu werden hohe zeitliche und finanzielle Mittel aufgewendet und es werden dazu viele Ressourcen verbraucht, die geschont werden könnten, gäbe es diese Bestrebungen zur Verletzung der Integrität mit den neuen Techniken nicht. Wir als einzelne, als Gruppen und als Weltgemeinschaft sollten dazu Stellung beziehen und nach Lösungen zur Eindämmung dieser Übergriffe suchen. Dazu soll ein respektvoller Umgang zwischen den Ländern und Völkern diskutiert und die staatliche Integrität in all ihren Aspekten benannt werden.

Wenig Friedensförderung

Die Gewährleistung der Integrität von Staaten fristet bei der UNO

zurzeit ein Schattendasein. Eine Erwähnung ist in der UN-Charta Artikel 1, Absatz 2 zu finden: Ziel der UNO ist, die «freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln». In der Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen heisst es zudem, dass «kein Staat und keine Staatengruppe das Recht hat, unmittelbar oder mittelbar, gleichviel aus welchem Grund, in die inneren oder äusseren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen». Die UNO verurteilt zudem regelmässig in Resolutionen Staaten, die gegen Grundsätze verstossen. Die Grenzen des völkerrechtswidrigen Handelns sind aus meiner Sicht nicht ausreichend diskutiert und kaum bewusst.

Faktenbasierter Journalismus stärken

Haltungen und Interessen prägen die Handlungen von Nationen und die Berichterstattung. Weshalb kann häufig nichts von diesen Hintergründen gehört oder gelesen werden? Warum hört man dem Gegenüber nicht zu und gibt einfach mit Wiederholung und Nachdruck die eigene Sichtweise wieder? Gerne würde ich eine Kommunikation in der Öffentlichkeit etablieren, die diesen Dualismus auch in kurzen Artikeln hinter sich lässt, transparent argumentiert und das Gegenüber respektiert.

Es erscheint mir notwendig, dass der Journalismus stärker für das Thema der nationalen Integrität sensibilisiert wird. Die offiziellen Verlautbarungen von Staaten sollten mit deren Eigeninteressen verknüpft werden. Auch sollte man aufhören, über potenziell gegnerische Staaten vorwiegend negative Berichterstattungen zu führen. Deren Argumente für ihre Handlungen sollten ernst genommen, ohne dass sie schönge-redet werden. Auch hier erscheint mir einen möglichst sachlichen und faktenbasierten Blick auf die Motive der Verlautbarungen der gegnerischen Staaten notwendig. Die eigene Position und deren Folgen könnten dadurch geschärft wahrgenommen werden. Russlands Standpunkte zum Anlass des laufenden Kriegs in der Ukraine wurde beispielsweise bei uns nur am Rande wahrgenommen. Eine kritische Reflexion zum Anlass des Krieges fand kaum statt.

Ich würde es begrüßen, wenn der Umgang zwischen den Völkern und Staaten in der Bevölkerung themati-

siert, ein dazugehöriges Wertesystem vorhanden und dies für alle nachvollziehbar und einsehbar wäre.

Respektvoller Umgang

Ich wünschte mir, das im Westen weg von platten Feindbildern ehrlich kommuniziert würde. Die Eigeninteressen sowie die Interessen der anderen sollten offen dargelegt werden. Dadurch könnte die Bevölkerung Verantwortung übernehmen und die Staaten einen Weg beschreiten lassen, der bewusst und von der Mehrheit der Bevölkerung getragen würde.

Ich wünschte mir eine UN-Konvention zur Respektierung der innenpolitischen Integrität von Staaten, welche sich klar gegen die politische Einflussnahme von anderen Staaten ausspricht. Eine Lancierung einer UN-Konvention zum respektvollen Umgang zwischen Ländern und zur Integrität der Staaten könnte heute wichtige Diskussionen dazu innerhalb der UNO und weltweit auslösen. Durch die Unterzeichnung oder auch Nicht-Unterzeichnung der Konvention durch Länder würde für alle ersichtlich, welchen Staaten ein respektvoller Umgang untereinander ein Anliegen ist und welchen nicht. Die Vertragsstaaten wären zur Berichterstattung verpflichtet und NGOs könnten die Staaten nach den Kriterien der UN-Konvention beobachten.

Schulterschluss der kleinen Länder

Die Schweiz wäre dazu prädestiniert, eine entsprechende UN-Konvention zu lancieren, da sie ein kleines und nicht auf Macht über andere Staaten ausgerichtetes Land ist und in der Tradition der Neutralität steht. Die Schweiz kann als kleineres Land den Schulterschluss zu anderen kleinen Staaten suchen und mit dieser grossen Mehrheit in der UNO eine entsprechende Konvention verabschieden. Eine griffig und umfassend formulierte UN-Konvention zur Integrität von Staaten könnte deeskalierend, die

Weltgemeinschaft stabilisieren und friedensfördernd wirken.

Gemeinsam etwas verändern

Ich weiss, dass mit der nationalen Integrität ein sehr langfristiges und ressourcenintensives Thema angesprochen wird, welches viel Arbeit generiert und an dem schon einige arbeiten. Ich würde gerne mit anderen zusammen dem Thema Frieden und staatliche Integrität deutlich mehr Wahrnehmung in der Öffentlichkeit geben. Dies braucht Engagement, Können und Geld und auf lange Zeit wirksames Handeln. Aus diesem Grund suche ich Verbündete, Menschen, die dasselbe bewegt und Zeit dazu aufwenden möchten. Es braucht Kenntnisse im Aufbau einer Organisation, des Fundraisings, Fachwissen und Erfahrung im Bereich der Kommunikation bei NGOs und bei Staaten, der Politikwissenschaften, des internationalen Rechts und der Friedensforschung.

Ich habe Erfahrung in der Organisation und Leitung von Betrieben und mache fachpolitische und ehrenamtliche Arbeit in Vereinen. Ich bin keine Fachperson des internationalen Rechts, der Politikwissenschaften, der Friedensforschung und weise auch keine Ausbildung im Management von NGOs auf. Ich gehe auch davon aus, dass meine oben beschriebenen Beobachtungen durch entsprechende Fachleute korrigiert werden. Ich wünsche mir jedoch, wie so viele, eine bessere Welt und sehe hier ein wesentliches Handlungsfeld, bei welchem viel zum Positiven bewirkt werden könnte. Das ist alles.

Es würde mich sehr freuen, wenn Interessierte, die gerne am Aufbau einer entsprechenden Gruppe mitwirken würden, sich bei mir melden. Jedes Mail oder Gespräch in diese Richtung freut mich!

Kontakt:
brigitte.nyffenegger@gmx.net

Julian Assange

Weggefährte Ellsberg ist gestorben

Während Daniel Ellsberg eines natürlichen Todes in hohem Alter starb, wird Julian Assange über Jahre die Lebensgrundlage verweigert – sozialer Kontakt in Freiheit! Dies führt zur psychischen Vernichtung.

Von Alva Noi

Daniel Ellsberg und Julian Assange sind Seelenverwandte. Der eine klaute Dokumente aus dem Pentagon über den Vietnamkrieg, der andere ermöglichte Publikationen solcher Dokumente. Nun starb Ellsberg im Alter von 92 Jahren. Sein Verdienst: Verkürzung des Vietnamkrieges. Sein Mittel: Diebstahl geheimer Dokumente zum Zwecke der Aufklärung! Assange ging nicht so weit. Er klaute keine Dokumente, er publizierte sie. Doch im Geiste waren Ellsberg und Assange Seelenverwandte. Ein Teil des Staates sei nicht unter demokratischer Kontrolle – Gesetze würden nicht gleich und nicht überall angewandt. Und so schuf Assange die Internetplattform Wikileaks, um Whistleblowern die Möglichkeit einer nicht nachverfolgbaren Publikation von Originaldokumenten zu ermöglichen.

Ellsberg war immer wieder Gast bei Amy Goodman in Democracy Now. Bei einem seiner letzten Auftritte fragte sie ihn, welche Botschaft er an Regierungsinsider habe. Regierungsinsider notabene, die darüber nachdenken, Whistleblower zu werden. Seine Antwort: Tut nicht, was ich getan habe. Wartet nicht, bis die Bomben tatsächlich fallen oder Tausende

weitere gestorben sind. Enthüllen Sie die Wahrheit, die Sie kennen! Die gefährlichen Wahrheiten, die Ihnen von der Regierung vorenthalten werden! Tun Sie es, um welchen Preis auch immer! Um welches Risiko es sich auch handeln mag.

Ellsberg sagte dies zum Zeitpunkt, als Assange ins Belmarsh-Gefängnis verfrachtet wurde und ihm sukzessive die Lebensgrundlage genommen wurde. Das Ausmass der Justizposse war noch nicht absehbar. Später fügte er noch an: Mein letzter Wunsch, Julian Assange befreien, Whistleblower ermutigen und die Wahrheit ans Licht bringen. Diesem Wunsch kann ich mich nur anschliessen.



Daniel Ellsberg. Quelle: zVg.



Weizenernte in der Ukraine. Quelle: zVg.

Agrobusiness vs. Bäuer:innen

Ukraine: Der Landraub «nebenbei»

Russische Agrarunternehmen eignen sich im Krieg ukrainische Güter an. Das ist geläufig. Kaum thematisiert wird hingegen die westliche Grossoffensive zur fortschreitenden Übernahme der ukrainischen Landwirtschaft. Das erfordert Bauernopfer. Auch die Schweiz hat ihre Finger mit im Spiel.

Von Dieter Drüssel

Das Papier «War and Theft: The Takeover of Ukraine's Agricultural Land» des Oakland Institute von Februar 2023 ist hochspannend – und provoziert Wut. Die von Frédéric Mousseau und Eve Devillers verfasste Analyse beleuchtet, wie die Landwirtschaft in der Ukraine seit den Maidan-Ereignissen von 2014 sukzessive unter das Diktat der «internationalen Märkte» gezwungen wird. Insbesondere ging und geht es um die sogenannte «Agrarmarkoliberalisierung», also das Kommando transnationaler Agrarunternehmen und Investmentfonds über den extrem fruchtbaren Boden und die Bäuer:innen.

Oligarchische Agrarunternehmen

Diese spezielle Liberalisierung traf aber auf breiten Widerstand in der Bevölkerung, die sie über Jahre in wichtigen Teilen blockieren konnte. So blieb, trotz massiver Erpressungsmassnahmen von EU, IWF und Weltbank, der Erwerb ukrainischen Landes durch ausländische Investor:innen grundsätzlich verboten. Diese fanden allerdings auch so Wege zum Besitz, etwa durch Minderheitsbeteiligungen an Agrarunternehmen der ukrainischen Oligarchie. Laut dem Bericht des Oakland Institute befinden sich rund 28 Prozent des anbaufähigen Landes im Besitz von «Oligarchen, korrupten Individuen und grossen Agrarunternehmen». Auf diesen 28 Prozent weiden schon Investmentfonds wie Vanguard oder von Goldman Sachs, grosse US-Pensionskassen oder etwa der staatliche norwegische Ölfonds. Diese oligarchischen Agrarunternehmen haben bei der zwischenstaatlichen Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), gegründet Anfang der 1990er-Jahre zwecks Vermarktlichung von Osteuropa, bei der Europäischen Investitionsbank und beim Privatsektor-Arm der Weltbank, der International Finance Corporation (IFC), grosse Schulden aufgenommen und tanzen folglich nach deren Takt.

Die anderen Teile des ukrainischen Agrarlandes sind im Besitz von rund acht Millionen ukrainischen

Bäuer:innen. Der «klassische» Konflikt also: umweltzerstörende, dafür kapitalistisch profitable grosse Monokulturen versus bäuerische Landwirtschaft.

Im Auftrag von Brüssel

Das Oakland Institute schreibt: «Es sind die kleinen und mittleren Bäuer:innen der Ukraine, die die Ernährungssicherheit des Landes garantieren, während die grossen Agrarunternehmen auf die Exportmärkte ausgerichtet sind». Die Grausamkeit der Lage lässt uns das Institute mit diesem Zitat der Professorin Olena Borodina erahnen: «Heute kämpfen und sterben tausende von Landjungen- und mädchen im Krieg. Sie haben alles verloren. Die Regeln für freien Verkauf und Erwerb von Land werden zunehmend liberalisiert und annonciert. Das bedroht wirklich das Recht der Ukrainer:innen auf ihr Land, für das sie ihr Leben geben.»

2020 verankerte die Regierung Selenski den Auftrag aus Washington und Brüssel zur Schaffung eines Agrarlandmarktes in einem Gesetz. Es ermöglichte den vorerst abgestuften und getarnten, ab 2024 offenen Besitztransfer auch an ausländisches Kapital. Das Gesetz trat 2021 in Kraft. Der damals neue Präsident Selenski nutzte die «Gunst der Stunde»: Die Covid-Pandemie wütete im Land im Lockdown, grosse Strassenmobilisierungen gegen die Liberalisierung wie noch zu Jahresbeginn waren damit vom Tisch. Den gleichen «Trick» benutzten Selenski & Co. letztes Jahr, um die vom «solidarischen Westen» geforderte brutale Aushebelung von Arbeitsrechten mit Kriegerrecht durchzudrücken.

Die Ukraine ist heute der drittgrösste Schuldner beim IWF (nach Argentinien und Ägypten). Das schlägt sich nicht nur im transnationalen Landraub nieder. IWF-Massnahmen seit dem Maidan wie Rentenkonterreform oder Erhöhung der Tarife für staatliche Dienstleistungen haben die Armut explodieren lassen: von 28,6 Prozent 2016 auf 41,3 Prozent im Jahr 2019, wie das Institut Angaben von Unicef wiedergibt.

CH-Komplizenschaft

Dem Institute-Bericht ist ein Hinweis auf die Schweizer Beteiligung am Landraub zu verdanken. Und zwar im Zusammenhang mit den sogenannten «crop receipts» (Ernteschuldscheinen). Der Begriff meint, die Bäuer:innen erhalten einen Kredit, wofür sie aber ihre zukünftige Ernte als Garantie einsetzen müssen. In ihrer Mitteilung vom 3. Februar 2020 mit dem Titel «IFC and Switzerland Partner to Help Agricultural Capital Markets in Ukraine, Benefiting Small Farmers» schreibt die IFC, was Sache ist: «Da die Ukraine sich dieses Jahr für den Bodenmarkt öffnet, werden Bäuer:innen mehr Arbeitskapital für den Anbau benötigen». Mit anderen Worten: Wir brachten sie in die Bredouille. Die smarte Lösung dazu: «Um die zusätzliche Finanznachfrage der Bäuer:innen zu managen, werden auch Kreditgeber neue Instrumente fordern. In diesem Kontext wird die IFC unter Benutzung ihres Vierjahres-Projekts Ukraine Agricultural Capital Markets mit der Regierung arbeiten, um die lokalen Finanzinstitute mit dem nötigen Instrumentarium und Wissen auszustatten. Das wird ihnen beim Zugriff auf Kapitalmarktliquidität helfen, dank Wertpapieren, die auf einem innovativen, «crop receipts» genannten Instrument beruhen.»

Lassen wir den Begriff «innovativ» weg für die alte Verschuldungsmasche mit dem zukünftigen Arbeitsprodukt als Pfand, das die Bäuer:innen, wenn es schief läuft, an andere verlieren – meist zusammen mit Existenzgrundlage. Lesen wir weiter: «Ernteschuldscheine, von der IFC 2015 eingeführt, erlauben es ukrainischen Bäuer:innen, zukünftige Ernten als Sicherheit anzubieten. Das half bis jetzt mehr als 4000 Bäuer:innen, Finanzierung von fast 1,3 Milliarden US-Dollar zu erhalten.» Das sei «signifikant» für ein Land, in dem die Landwirtschaft ein entscheidender wirtschaftlicher Treiber und «ein grosser Arbeitgeber ist». Aufbauend auf dem Erfolg des IFC-Crop-Receipt-Projekts in der Ukraine werde das in Partnerschaft mit dem Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) umgesetzte neue IFC-Projekt helfen, einen «sekundären Markt für diese Schuldscheine zu schaffen. Das wird mit der Verbriefung dieser landwirtschaftlichen Forderungen, die an der Börse handelbar sind, erreicht werden und zusätzliche Liquidität in den Sektor bringen.»

Der Hebel ist angesetzt

Was sollen auch ukrainische Finanzinstitutionen mit den mit IFC und anderen westlichen Geldern erworbenen Schuldscheinen anfangen? Etwa selbst Getreide aussäen? Besser, sie verkaufen sie an das ukrainische oder transnationale Agrobusiness. Und da kauft man diese Dinger nur, wenn sie Profit versprechen, sei es über den Kreditzins oder dass die «begünstigten» Bäuer:innen in genügendem Ausmass bankrottgehen. Das bedeutet der Begriff Verbriefung (die Schuldscheine handelbar machen).

Nicole Ruder, damals Kooperationschefin in der Schweizer Botschaft in der Ukraine, heute zu «Vize-Direktorin der Deza und Leiterin der Abteilung Multilaterales und NGO» aufgestiegen, verklärt den Raubzug in der IFC-Mitteilung zum Halleluja für unten und oben: «Während die Verbriefung von grossen Kreditoren und Marktplayern umgesetzt wird, werden die Endbegünstigten die Kleinbäuer:innen sein. Ein weiterer Zugang zu Finanzen der dieser Kleinbäuer:innen wird folglich die landwirtschaftliche Produktivität ankurbeln, Innovation im Bauern fördern und das Wirtschaftswachstum stärken.» Man weiss, wo der Hebel anzusetzen ist.

Quelle: Vorwärts.

Freispruch für Armeegegner

Klimaaktivisten forderten Militärstreik

Im Kanton Waadt rief die Klimastreik-Gruppe zum Militärstreik auf. Daraufhin leitete die Bundesanwaltschaft eine teure forensische Untersuchung ein, um die mutmasslichen Autoren des Aufrufs zu identifizieren und zu verurteilen. Das Bundesstrafgericht hat die Angeklagten nun freigesprochen.

Von Tarek Idri

Im Mai 2022 wurde eine Aktion von Klimaaktivisten für illegal erklärt und mit Geldstrafen gebüsst. Das Vergehen: Die Aktivisten der Klimastreikbewegung aus dem Kanton Waadt hatten öffentlich dazu aufgerufen, die Armee zu boykottieren. Die drei jungen Verurteilten (Jahrgang 1990, 1999 und 2001) legten gegen das Urteil Berufung ein, weshalb der Fall bis vor das Bundesstrafgericht gezogen wurde. Das Gericht in Bellinzona verkündete sein Urteil im Juli und sprach die Klimaaktivisten frei.

Diese Entscheidung ist eine deutliche Niederlage für die Bundesanwaltschaft und zugleich ein wichtiger juristischer Entscheid für Militärgegner:innen in der Schweiz. Der Aufruf zum Militärstreik von 2020, der immer noch online zugänglich ist, erregte in den ersten Tagen nach seiner Veröffentlichung nur wenig Aufsehen. Es war der Walliser Nationalrat Jean-Luc Addor (SVP), der den Stein ins Rollen brachte, als er den Fall der Bundesanwaltschaft meldete. Der Bundesrat persönlich genehmigte die Untersuchung durch die Bundesanwaltschaft. Diese machte sich daraufhin mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln an die Arbeit: Es wurden forensische Analysen durchgeführt, Hausdurchsuchungen und Verhöre gemacht. Schliesslich wurde ein mutmasslicher Autor des Militärstreik-Aufrufs sowie zwei mögliche Komplizen identifiziert und verurteilt.

Nicht einverstanden

Im Aufruf zum Militärstreik, der von der waadtländischen Klimastreikgruppe veröffentlicht wurde, heisst



es: «Der Klimastreik ruft zu einem Militärstreik auf. Aus Ethik, Moral, aus ökologischer und sozialer Verantwortung weigern wir uns, die Militärsteuer zu zahlen oder zum Militärdienst zu gehen. Wir sind nicht damit einverstanden, einer Institution Geld und Zeit zu geben, die angesichts aktueller Probleme wie sozialer und ökologischer Krisen nutzlos und schädlich ist. Wir fordern, dass die Armee radikal umgebaut oder abgeschafft wird.»

Der Freispruch der Militärgegner ist eine erfreuliche Nachricht für Armeegegner:innen und Kriegsdienstverweiger:innen. Der Anwalt der freigesprochenen Waadtländer meinte dazu: «Das Urteil ist zufriedenstellend, es nimmt die Elemente unserer Verteidigung auf. Das Wichtigste war die Wahrung der Meinungsfreiheit.» Er betont aber auch, dass der Fall eine Verschwendung von Zeit und Ressourcen gewesen sei: «Von Anfang an hat uns die Rechtsprechung recht gegeben. Daher war die Eröffnung eines Strafverfahrens nicht gerechtfertigt. Und die eingesetzten Ermittlungsmittel waren schlicht überdimensioniert.»

Inserat

Frieden

Arbeit

Für eine Politik
im Interesse
der arbeitenden
Bevölkerung

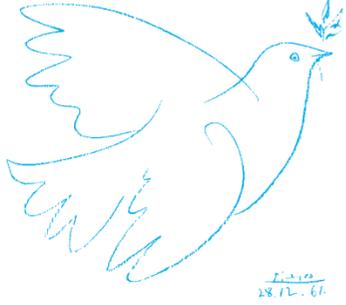
Die Partei der Arbeit
(PdA) Basel ist die einzige
Linkspartei, die eintritt
**für konsequente Neutralität
gegen Annäherung an die NATO
gegen einen EU-Beitritt**

Nationalratswahlen 2023
Partei der Arbeit (PdA) Basel
Liste 11



PdA Basel, 4000 Basel
pda-basel@breitband.ch · www.pda-basel.ch
Postfinance CH51 0900 0000 4001 7040 0

ISSN 1423-6826
 unsererwelt@friedensbewegung.ch
 www.friedensbewegung.ch



Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
 Telefon: 061/681 03 63
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
 Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Ruedi Moser, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
 E-Mail der Redaktion: unsererwelt@friedensbewegung.ch
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
 Auflage: 4 000
 Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

Unsere Welt



Salvador Allende. Quelle: zVg.

**US-Export der Konterrevolution nach Chile
 Blutiger September**

Vor 50 Jahren, am 11. September 1973, beendete ein blutiger Militärputsch den dreijährigen erfolgreichen Versuch der Volksfront von Salvador Allende, Demokratie und Sozialismus zu vereinen. Washington setzte von vornherein darauf, Chile zu destabilisieren und Allende zu stürzen.

Von Jürgen Reents

Richard Helms, CIA-Chef, hat die Unterredung mit Präsident Richard Nixon und dessen Sicherheitsberater Henry Kissinger im September 1970 im Telegrammstil notiert: «Eventuelle Risiken unwichtig. Keine Beteiligung der Botschaft. Zehn Millionen Dollar zur Verfügung, mehr, falls nötig. Fulltime-Job – die Besten, die wir haben. ... Die Wirtschaft soll schreien. 48 Stunden für Aktionsplan.» Die Mächtigen in Washington sann darauf, wie sie den Amtsantritt von Salvador Allende in Chile noch verhindern könnten.

CIA-Chef Helms hatte seinen Teil der Aufgabe verstanden: Er heuerte Offiziere des chilenischen Militärs an, darunter äusserst zwielichtige Gestalten wie den General Viaux, der der faschistischen Gruppe Patria y Libertad angehörte. Sie sollten den loyalen Oberkommandierenden der chilenischen Streitkräfte, General René Schneider, entführen, die Aktion als eine von Linksextremisten erscheinen lassen, und so das mehrheitlich konservativ zusammengesetzte Parlament dazu bewegen, einen der knapp unterlegenen Gegenkandidaten Allendes zum Präsidenten zu küren. Der Plan misslang. Die CIA lieferte Geld und Waffen für die Putschisten, Schneider wurde ermordet, die Aktion konnte ihre rechtsextremistische Handschrift jedoch nicht verbergen. Die Herren in Washington hatten ihre zweite Niederlage erlitten, noch bevor die Regierung der Unidad Popular ihre ersten Schritte auf dem Weg in einen demokratischen Sozialismus gehen konnte.

Anweisungen von Nixon

Klar war damit aber auch: Die Unidad Popular stand von Anfang an nicht nur einer konservativ geprägten Mehrheit gegenüber, der sie Zug um Zug Kompromisse und Unterstützung abgewinnen musste. Sie hatte zudem eine auf Terror und Putsch geeichte extreme Rechte und einen äusseren Feind gegen sich, der über gewaltige Mittel verfügte, um Unruhe zu schüren. Insbesondere der ITT-Konzern, der die chilenische Telefongesellschaft kontrollierte, finanzierte – neben der CIA – Umsturzpläne und drängte die US-Regierung in einem Schreiben vom 1. Oktober 1971, «dafür zu sorgen, dass Allende die entscheidenden nächsten sechs Monate nicht übersteht». In einem 18-Punkte-Programm verlangte ITT u.a., Kreditbeschränkungen zu veranlassen, Hilfen aus dem Erdbeben-Fonds zu verweigern, für eine Verknappung des Dollars in Chile zu sorgen, der konservativen chilenische Presse jedoch reichlich Geld zuzustecken, und nicht zuletzt mit über «Möglichkeiten zu diskutieren», wie die CIA den «Druck unterstützen kann».

Beim Chef des Weissen Hauses fand dies offene Ohren. Nixon repetierte: «Chile hat bei internationalen Institutionen, wo wir über Stimmrechte verfügen, Darlehen beantragt. Ich habe Anweisungen erteilt, dass wir gegen alle Anträge aus Chile stimmen.» Im September 1972 sah sich der chilenische Zentralbankpräsident Alfonso Inostroza daher zu der Klage veranlasst, dass die Weltbank seit 22 Monaten keinen einzigen Kredit mehr an Chile genehmigt hatte – es sollte bis zum Putsch so bleiben. Die USA reduzierten ihre Wirtschafts- und Lebensmittelhilfe in den drei Amtsjahren Allendes auf einen Bruchteil

dessen, was sie zuvor in einem Jahr gewährt hatten. Andere Staaten, darunter die zu der Zeit sozialliberal regierte Bundesrepublik Deutschland, zögerten ihre Entwicklungshilfe gehorsam hinaus. An der Londoner Metallbörse fuhren die Preise für Kupfer, aus dem Chile Dreiviertel seiner Devisen bezog, ins Bodenlose. Chiles Wirtschaft wurde destabilisiert.

Dollar flossen dagegen reichlich an die grösste und aggressiv gegen die Unidad Popular hetzende Tageszeitung «Mercurio» und an die Fuhrunternehmer, die ihren Fahrern bei den Ausständen im Sommer 1973 «Streikgelder» bis zum Vierfachen des normalen Lohns zahlten. Und an die chilenische Armee: Im Gegensatz zu Wirtschaftskrediten erhöhten die USA ihre Militärhilfe in der Allende-Zeit im Jahresschnitt auf etwa das Anderthalbfache der vorausgegangenen sieben Jahre. In noch grösserem Umfang steigerte die US-Armee die Ausbildung chilenischer Offiziere in der Panama-Kanalzone, wo sie Militärs aller Herren Länder das Handwerk des «schmutzigen Krieges» lehrte.

Konzernverbindungen

Im Bericht eines US-Kongressausschusses aus dem Jahr 1975 («Church Report») wurde festgestellt, dass die Beziehungen der CIA und der US Army zu chilenischen Militärs in den Jahren 1970 bis 1973 dazu gedient hätten, eine Verbindung zu jener «Gruppe» aufrecht zu erhalten, die am ehesten in der Lage war, «Präsident Salvador Allende die Macht zu nehmen». (...) Die Schlussfolgerung des «Church Report»: «Die Bandbreite der CIA-Aktivitäten in Chile war ungewöhnlich, aber keineswegs beispiellos.»

Gerade auf dem lateinamerikanischen Kontinent haben Geheimdienste, Militär und Konzerne der USA Entwicklungen zu torpedieren versucht oder ihnen eigenhändig den Garaus gemacht, wenn diese auf weniger Ausplünderung oder gar auf Unabhängigkeit zielten. Häufig standen die US-Interventionen dabei in direkter Verbindung mit Interessen einzelner Konzerne und Banken, die ihren auf fremdem Boden erbeuteten Besitz und daraus abgezogenen Profit nicht schmälern lassen wollten, Uni-

ted Fruit Company, Chase Manhattan Bank, Kennecott und Anaconda, ITT und Zuckercompanies. Gelegentlich – wie in Chile, Nicaragua und Kuba – ging es darum, soziale Befreiung generell zu verhindern.

Henry Kissinger, der wenige Wochen nach dem Pinochet-Putsch vom Sicherheitsberater zum Aussenminister aufstieg, schreibt in seinen Memoiren: «Zwischen der militärischen Operation und der offiziellen Diplomatie gibt es eine Grauzone, in der unsere Demokratie sich gezwungen sieht, mit ihnen feindlichen Gruppen in Konkurrenz zu treten.» Diese Grauzone ist das übliche Parkett, auf dem die USA sich in Lateinamerika immer wieder bewegt und auf dem sie gemeinsam mit ihren Schütz- und Zöglingen lange Blutspuren hinterlassen haben. Feindliche Gruppen? Ausserhalb der Öffentlichkeit herrscht ein milderer Ton. Bei einem Treffen mit Pinochet am 8. Juni 1976 in Santiago sagte Kissinger seinem Gesprächspartner: «Nach meiner Einschätzung sind Sie ein Opfer aller linksgerichteten Gruppen dieser Welt geworden. Ihre grösste Sünde besteht darin, eine Regierung gestürzt zu haben, die kurz davor stand, kommunistisch zu werden. ... In den Vereinigten Staaten stehen wir dem, was Sie hier zu tun versuchen, mit Wohlwollen gegenüber.»

Terror mit «Condor»

Die USA haben ihre Komplizenschaft mit den Mördern von Salvador Allende, Victor Jara und Tausenden anderen zu keiner Zeit der Pinochet-Herrschaft eingestellt. Der Chef der chilenischen Geheimpolizei DINA, Manuel Contreras Sepúlveda, war ein bezahlter CIA-Agent (einer von schätzungsweise 1500 bis 2000 in Chile), persönlich verantwortlich u.a. für die Ermordung des früheren Oberbefehlshabers der chilenischen Armee, General Carlos Prats in Buenos Aires und des früheren chilenischen Aussenministers Orlando Letelier 1976 in Washington. Contreras stiftete die «Operation Condor» an, ein Netzwerk der Militärregimes von Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Bolivien und Chile, das in den siebziger Jahren weltweit rund

200 Regimegegner aufspürte und umbrachte. Für einige der Attentate – so das auf den chilenischen Christdemokraten Bernardo Leighton 1975 in Rom – wurden italienische Neofaschisten, in anderen Fällen (z.B. Letelier) exilkubanische Terroristen und der CIA-Agent Michael Townley gedungen.

Nach dem Mord an drei uruguayischen Abgeordneten am 20. Mai 1976, die zuvor in die argentinische Hauptstadt Buenos Aires verschleppt worden waren, wies Kissinger seine Botschafter an, Kontakte zu den Militärs in ihrer Region aufzunehmen und sie dazu zu bewegen, ihre Methoden zu verschleiern. Vor allem aber sei es US-Interesse, die Informationen des «Condor»-Netzwerkes selbst mit zu nutzen. Kissinger habe u.a. den US-Botschafter in Montevideo, Ernest Siracusa, beauftragt, Kontakt zum uruguayischen «Condor»-Verantwortlichen General Vadora aufzunehmen und in einem Geheimvermerk angeordnet, dass «keine Institution der US-Regierung mit dem Austausch von Daten und Informationen über die Subversion in Verbindung gebracht werden» dürfe. Laut Nachrichtenagentur Poonal heisst es in dem Kissinger-Schreiben weiter: «Die möglichen Todes-Kandidaten dürfen unter keinen Umständen gewarnt werden». Siracusa galt Kissinger als verlässlicher Mann: Er war zur Zeit des Sturzes der bolivianischen Torres-Regierung 1971 Botschafter in La Paz und wurde 1973 in linken deutschen Zeitungen als ein Hauptübermittler zwischen Washington und dem chilenischen Militär genannt.

Kissinger schied 1977 mit dem Amtsantritt von Präsident Carter aus dem Amt des Aussenministers. Seine Nachfolgerin Madeleine Albright gestand 1998 «Verfehlungen» in der US-Politik gegenüber Chile in den 70er Jahren ein. Deren Nachfolger Colin S. Powell nannte das Schicksal Allendes in einer Fernsehdiskussion im Februar 2003 einen «Teil amerikanischer Geschichte, auf den wir nicht stolz sind».

Jürgen Reents war deutscher Journalist und bis 2012 Chefredaktor des «Neuen Deutschland».

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____ Mail: _____
 PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)

Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)

Ich möchte ein Probeabonnement der UW

Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

**Redaktionsschluss
 dieser Nummer:
 24. August 2023**